

kanak attak

Kommentar zum Zuwanderungsgesetz

Die rot-grüne Koalition trat 1998 mit dem Versprechen an, die "Einwanderungsfrage" zu modernisieren und den Status der hier lebenden Migrantinnen und Migranten durch ein neues Staatsbürgerschaftsmodell zu verbessern: ein Paradigmenwechsel hin zur regulierten Einwanderung, der allerdings seinen Vorläufer im 1992 zwischen den Fraktionen der christlich-liberalen Regierungskoalition und der SPD im Rauch der Brandsätze ausgehandelten euphemistisch bezeichneten "Asylkompromiß" hat. Die Ebene der legislativen Aushandlung antizipierte bereits die Konturen des Konflikts, der jetzt die aktuelle Migrationsdebatte prägt. Denn der unausgesprochene Gegenstand des "Reformprojekts Einwanderung" war schon 1992 ein umfassendes, zum ersten Mal seit dem Anwerbestopp 1973 anvisiertes Gesetzespaket zur generellen Steuerung der Migration in Deutschland. Die Demontage des Asylrechts fand aufgrund einer Reihe von Vereinbarungen eine breite parlamentarische Mehrheit: Einbürgerungserleichterungen für die "zweite Generation", die Reform des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts, die Einschränkung und jährliche Quotierung der "Aussiedlermigration", die rechtliche Absicherung von Vertrags- und Saisonarbeitern und – last but not least – die Option auf eine kommende "Regelung zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung" in Form eines Einwanderungsgesetzes. Unter dem Terminus "Asylkompromiß" firmierte also in Wirklichkeit nichts anderes als der erste "Migrationskompromiß" der deutschen Nachkriegszeit, und als solcher war er eine wirkungsmächtige Vorlage für die aktuellen rot-grünen Modernisierungspläne.

Die nun also geplante Umsetzung des Vorhabens, das selbst in den Reihen der SPD umstritten blieb, scheiterte schon bald an einer bundesweiten Unterschriftenaktion der CDU, die darauf abzielte, wesentliche Grundrechte im Sinne der Verfassungstradition weiterhin als exklusive Rechte der Deutschen festzuschreiben. Nach dem Wahlsieg der Konservativen in Hessen verschwand die Frage der Einwanderung zunächst von der politischen Agenda der Bundesregierung, und die angestrebte Reform der Staatsbürgerschaft kollabierte in einem "Kompromiß" mit einer Reihe von ausländerrechtlichen Verschlechterungen.

Erst ein Jahr später gelang es Bundeskanzler Schröder mit der Einführung der Green Card das Thema Einwanderung wieder ins Spiel zu bringen. Es handelte sich dabei um eine modernisierte Variante des altbekannten "Gastarbeitermodells". Indem der Kanzler seine Initiative als Einwanderungsbegrenzungsmodell für Hochqualifizierte vorstellte, schien es wieder

möglich – mit dem expliziten Verweis auf die Stärkung des "Standorts Deutschland" und einer partiellen Öffnung im europäischen Migrationsregime im Zuge der postfordistischen Wende (vgl. hierzu Frank Düvell in Heft 1/2000) –, einen sogenannten pragmatischen Umgang mit der Einwanderung zu finden.

Allerdings bleiben die Pfade dieser migrationspolitischen Wende notwendig verschlungen. Während Otto Schily mit der rassistischen Metapher der "Grenze der Belastbarkeit" hantierte, um die ohnehin schwache linke Opposition im eigenen Lager prophylaktisch zu disziplinieren, rief er zusammen mit dem Kanzler die außerparlamentarische "Süßmuth-Kommission" für Zuwanderungsfragen ins Leben. Primär war sie eine politische Reaktion auf die Kritik an der zögerlichen Haltung gegenüber der Einwanderungsgesetzgebung in der linksliberalen Presse und in den eigenen Reihen. Die Strategie versprach, die Debatte über Zuwanderung geschickt aus der Koalition auszulagern und stabilisierte gleichzeitig die diskursive Hoheit über die Migrationsfrage, indem Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände eingebunden wurden.

Das Recht auf Einwanderung, kein Einwanderungsgesetz!

Nach einer kurzen Phase sommerlicher publizistischer Euphorie stellte sich im vergangenen Jahr heraus, daß die junge Koalitionshegemonie über die "Migrationsfrage" nur über weitgehende Zugeständnisse an den Modernisierungsflügel der CDU, der sich um den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller gruppierte, zu erlangen war. Mit der Vorlage seines "Referentenentwurfs" im August letzten Jahres brachte es Schily fertig, die migrationspolitischen Modernisierungsvorschläge der Süßmuthkommission mit seinem "Zuwanderungsgesetzesentwurf" zu umgehen. Die Chiffre Zu- und nicht Einwanderungsgesetz illustriert die zugrunde liegende Steuerungsprogrammatische. Tatsächlich geht es weniger um Zuwanderung als um eine umfassende Neuregelung des Ausländerrechts, die Fragen des Aufenthalts, der Erwerbstätigkeit und Integration – all in one – regelt. Die als innovativ propagierte Vereinfachung der Aufenthaltstitel ist nur nominell, da der Zugang zur neuen "Niederlassungserlaubnis", die einen dauerhaften Aufenthalt sichert, durch die Abschaffung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und durch verschärfte Anforderungen massiv erschwert wird. Für einen Großteil der 1,7 Millionen Migrantinnen und Migranten mit befristeter Aufenthaltserlaubnis wird die Verlängerung so fast unmöglich gemacht.

Es scheint als hätten die konzeptiven Ideologen des Abschiebeapparats akribisch alle Punkte aufgelistet, die Migrantinnen und Migranten bis

jetzt als Schlupflöcher nutzen und die eine relative Autonomie der Migration gegenüber der staatlichen Politik bedeutete. So bewirkt die Abschaffung des Duldungstitels für 250.000 – darunter nicht nur abgelehnte Asylsuchende – nichts anderes als Illegalisierung. Die noch von der Süsmuth-Kommission empfohlene Legalisierungsregelung, die sich auf etwa 1,7 Millionen Migrantinnen und Migranten bezogen hätte, fällt weg. Die bisher stets als gesonderter Bereich behandelte Flüchtlings- und Asylpolitik wird in das Modell der Zuwanderungssteuerung einbezogen. Der Imperativ der Integration, auf den sich scheinbar alle einigen, rückt an zentrale Stelle.

Tatsächlich impliziert der Begriff "Integration" einen Politikwechsel, der über das Zuwanderungsgesetz hinausweist: 1. Die Integrationsmaßnahmen werden auf eine zentralstaatliche Steuerungsebene gehoben. 2. Im Gegensatz zu alten Sozialstaatskonzepten (und dem Multikulturalismus-Ansatz der achtziger Jahre) ist gar keine Rede mehr von politischen und sozialen Rechten bzw. vom Ausgleich komparativer Defizite etwa bezüglich Bildung und sozialer Partizipation. Die Regulation wechselt die Richtung: Die Gewährung von Rechten wird an vorab zu erbringende individuelle Leistungen gebunden. Zwar werden Kurse angeboten; sie sind allerdings am ehesten mit den Zwangsqualifizierungsmodellen zu vergleichen, mit denen seit Jahren Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger belastigt werden. Wird dort ständig mit der Drohung der Leistungskürzungen oder dem Entzug von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gearbeitet, so wird den Migrantinnen und Migranten mit der Beendigung des "Aufenthalts" gedroht.

Interlude

Zwischenzeitlich schien aufgrund der allgemeinen Empörung über den NYC 9/11-Day der Referentenentwurf allerdings vom Tisch gewischt. Wie sollte unter den zu Integrierenden der Schläfer erkannt werden? Otto Schily präsentierte im Geiste eines fieberhaften legislativen Aktionismus als Sofortmaßnahme zwei gesetzliche Initiativen, die ganz offensichtlich schon längst in den ministerialen Schubladen gelegen hatten: die Ergänzung des Strafgesetzbuches um einen §129b und ein Gesetz zur Abschaffung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht. Dem folgte das zweite Anti-Terror-Paket, mit dem die Rechtspositionen der zum Sicherheitsrisiko Nr. 1 erklärten Migrantinnen und Migranten erneut massiv verschlechtert wurden. Unter dem Deckmantel der "Terrorbekämpfung" gelang es Schily, ausländerrechtliche Verschärfungen, die eigentlich Teil des Zuwanderungsgesetzes sein sollten, vorab durch den Bundestag zu bringen. Konkret geht es um die erweiterte Definition des "Mißbrauchs des Gastrechtes". Gemeint sind die im Abschiebejargon verfassten Ergänzungen unter dem Stichwort "besondere Versagungsgründe" im Aufenthaltsverlängerungsverfahren. Sie ermöglichen es, selbst jenen die Aufenthaltsgenehmigung oder deren Verlängerung zu verweigern, die eigentlich einen Anspruch hätten. Die mit dem Paket II geschaffenen neuen Internierungsmöglichkeiten in sogenannten "Ausreisezentren" korrespondieren mit einer Perfektionierung der Erhebung, Übermittlung und Nutzung von Daten hier lebender Migrantinnen und Migranten ("Ausländer", "Sans Papiers" und "Eingebür-

gerte"): De facto wird so das Recht von mehr als 10 Millionen Menschen auf informationelle Selbstbestimmung aberkannt.

Autonomie der Migration?

Die Analyse dieses Kurswechsels war notwendig, um das Terrain zu identifizieren, auf dem Widerstand entstehen könnte. Der Schily-Entwurf erkennt in ganz spezifischer Weise die relative Autonomie der Migration an, wie an dem Versuch einer umfassenden Zuwanderungssteuerung abzulesen ist. Autonomie der Migration bedeutet, daß sich Einwanderung – historisch betrachtet – nicht hat ohne Weiteres von staatlichen Politiken beeinflussen lassen. Die Proklamation der Autonomie der Migration war in den anti-rassistischen Diskussionen im Verlauf der neunziger Jahren relativ beliebt. Der Vorteil bestand zum einen darin, die Behauptung entkräften zu können, Deutschland sei kein Einwanderungsland, zum anderen konnte auf diese Weise der Abschottungs- und Regulierungspolitik der bundesdeutschen Regierung ein nicht rein defensives Argument entgegen gehalten werden. Yann Moulier Boutang hatte 1993 in einem Interview angemerkt, daß es einen sehr Ernst zu nehmenden "subjektiven Faktor" gibt, der das Gehen oder Bleiben von Migrantinnen und Migranten beeinflußt und der nicht unter staatliche Regulierungskontrolle gebracht werden kann: "Das ist anscheinend schwierig zu kapiern, aber trotzdem wichtig; auch wenn sich Myriaden von Experten und Beamten in den Behörden und staatlichen und internationalen Einrichtungen mit der Emigration beschäftigen, haben sie keine Ahnung von dieser (...) Autonomie der Migrationsflüsse. Sie haben vielmehr die Vorstellung, daß alle miteinander verbundenen Faktoren und Phänomene auf die Wirtschaftspolitik zurückzuführen und daher nur Gegenstand der verwaltungsmäßigen Regulierung wären. Natürlich wird bei diesem Denkansatz die Objektivität der Politik und speziell der Wirtschaftspolitik grotesk überschätzt, es wird völlig vergessen, daß es eine Eigendynamik der Auswanderung gibt. Man kann zwar der Emigration mit repressiven Mitteln begegnen, die Rückkehr der Immigranten 'fördern', aber man kann nicht die Flüsse nach Programmierung und Dafürhalten öffnen und sperren." (Yann Moulier Boutang, Interview, in: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5, Berlin/Göttingen 1993, S. 38)

Was Moulier Boutang hier als "schwer zu kapiern" bezeichnet, wird nun erstmals, im Regierungswissen etabliert und in Führungstechnik übersetzt. Die Initiative der rot-grünen Bundesregierung für ein Einwanderungsgesetz besteht – nach Einführung der sogenannten Green Card-Einwanderung – in dem Versuch, eben diese Autonomie staatlich unter Kontrolle zu bringen und zu kanalisieren. Auch Peter Müller von der CDU hat dem zugestimmt: "Trotz restriktiver Bestimmungen und Kontrollen ist es bisher nicht gelungen, das unkontrollierte und weitgehend ungesteuerte Nebeneinander unterschiedlichster Zuwanderungsgruppen zurückzuführen, geschweige denn in einem bedarfsgerechten, arbeitsmarkt- und sozialverträglichen Gesamtkonzept der Einwanderung aufgehen zu lassen. Die Gesamtschau der Einwanderungspolitik in Deutschland ergibt vielmehr ein unbefriedigendes Mißverhältnis der erwünschten gegenüber unerwünschten Zuwanderungstatbeständen." (Peter Müller, Von der Einwanderungs-

kontrolle zum Zuwanderungsmanagement 1.7 2001)

Für ein antirassistisches Verständnis dieser Prozesse genügt die Feststellung einer Autonomie der Migration eben darum nicht. Moulier Boutang präzisiert seine Überlegungen in einem später erschienenen Text noch einmal im Hinblick auf einen Angriff gegen die rassistische Segmentierung des Arbeitsmarkts und ein gesichertes Grundeinkommen. Gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit, gehe es um das Recht auf Freizügigkeit, das Recht, ein Einkommen zu haben, das Recht auf ein Leben, im allgemeinen Sinne des Wortes, unabhängig vom Herkunftsland und Besitz eines Arbeitsplatzes. Boutang versucht mit dieser Perspektive, die Grenzen der Kämpfe aufzuzeigen und zu überschreiten. Es geht hier sowohl um die allgemeine Unterhaltsleistung als auch um die allgemeine Staatsbürgerschaft. (vgl. Yann Moulier Boutang, "Papiere für alle", in: Die Beute, 1/1997, S. 54)

No integration! Legalisation! We insist!

Bezogen auf die gegenwärtige Situation und die Konjunkturen der Auseinandersetzungen um Rassismus in den neunziger Jahren ist festzustellen, daß sich der Angriff auf Migrantinnen und Migranten in einem doppelten Schweigen manifestiert: auf der einen Seite das beredte Schweigen des Integrationsimperativs, der, wie ein Gegen-Recht, die Aufgabe erfüllt, unüberwindbare Asymmetrien einzuführen und Gegenseitigkeiten auszuschließen; auf der anderen Seite das Schweigen über die mehr als 2 Millionen anwesenden Migrantinnen und Migranten ohne Papiere. Einerseits erkennt der Gesetzesentwurf an, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und daß alle Abschottungsmaßnahmen und Schikanen nicht verhindern konnten, daß es stets faktisch Einwanderung gab. Andererseits wird im Gesetzesentwurf erneut versucht, Einwanderung staatlicher Steuerung zu unterwerfen.

Die neuen Widersprüche sind absehbar, es wird weiterhin Einwanderung geben, die sich der Steuerung entzieht. Die Feststellung, daß die Autonomie der Migration bzw. ihre Geschichte in die gegenwärtige Konjunktur eingeschrieben ist, bedeutet nicht nur, daß wir aus der "Geschichte" und den Erfahrungen "derjenigen vor uns" lernen müssen. Es geht um mehr: die Kämpfe sind auch dort "anwesend", wo sich ihre Niederlagen manifestiert haben: in den Ausländer- und Staatsbürgerschaftsgesetzen, in der geplanten Gesetzesinitiative zum Einwanderungsgesetz, aber auch in den widerständigen Alltagspraktiken der Migrantinnen und Migranten. Insofern birgt die Durchsetzung der Verrechtlichung der relativen Autonomie der Migration mit dem Ziel gesteigerter nationalstaatlicher Kontrolle politischen Sprengstoff. Diese staatliche Politik begibt sich mit dem Versuch der Verrechtlichung und Steuerung der Migration auf für sie ungewisses Terrain: Sie greift in das instabile Gleichgewicht von Gleichheit und Freiheit innerhalb der nationalen Gemeinschaft ein, in die Trennung von Volk und Nation. Während im deutschen Gesetzentwurf zur Zuwanderung auf Basis des Integrationsimperativs die Ausschlußbarriere des Nation bildenden Staatsvolkes weiterhin aufrechterhalten wird, zeichnet sich auf europäischer Ebene eine Tendenz ab, Staatsbürgerschaft von diesen hergebrachten Konzepten abzukoppeln. Das Projekt des europäischen

Zusammenschlusses, der eigentlich einem Einschluss gleichkommt, verbindet jedoch Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung an den Rändern des Migrationsregimes - also an den Grenzen, die inzwischen Europa nicht nur umfassen, sondern auch durchziehen - mit einem Prozeß der rassistischen Stratifikation im Inneren. (Vgl. Etienne Balibar, Topographie der Grausamkeit. Staatsbürgerschaft und Menschenrechte im Zeitalter globaler Gewaltverhältnisse in Subtropen, 12/2001, S. XX)

Angesichts dieser Veränderungen geht es zunächst um die Frage nach Kollektivrechten für Einwanderer. Kollektivrechte können zur Vervielfältigung der Freiheiten von Subjekten beitragen, deren kollektive widerständige Praxen ohnehin die systematische Vereinzelung durch die verallgemeinerte Struktur der Ausschließung untergraben. Realisiert werden sollte eine Legalisierung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ohne Papiere und eine Politik, die dem herrschenden Integrationsimperativ die bereits existierenden Widerstandspraxen entgegensetzt und politische und soziale Rechte unabhängig von jeder Staatsbürgerschaft einfordert. So könnte eine radikale Politik hinsichtlich des Rechts auf Einwanderung jene Leistungsdispositive untergraben, die Migrantinnen und Migranten nur nach ihrer Arbeitskraft be- und verwertet. Antirassistische Arbeit läßt sich aus dieser Perspektive indessen nicht auf Fragen von Rassismus begrenzen, sondern muß Wohnverhältnisse, Bildungsmisere, Ausbeutung und Geschlechterverhältnisse zur Sprache zu bringen, d.h. ganz einfach: den unterschiedlichen Lebensaspekten von Migrantinnen und Migranten, ihrem und unserem Alltag und Widerstand zu entsprechen.

Manuela Bojadzijeve, Tobias Mulot und Vassilis Tsianos - für kanak attack

kanak attack

Der Kanak-Aha-Effekt

Was hat »OpelPitbullAutopot« mit Antirassismus und Subjektivität zu tun?
Ein Gespräch mit kanak attack

In der Berliner Volksbühne fand am letzten Freitag eine lange Nacht des Antirassismus statt. Kanak Attack, ein seit drei Jahren in verschiedenen Städten organisiertes Bündnis, präsentierte mit der Revue »OpelPitbullAutopot« die nicht erzählte Geschichte des Widerstands und der alltagspolitischen Dissidenz von MigrantInnen in der BRD seit den fünfziger Jahren. Featuring: Kanak Attack; Moderation: Katja Diefenbach und Sabine Grimm.

Ihr habt in eurer Revue unter anderem die sozialen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre auf die Bühne gebracht: Mietboykott, Betriebskämpfe und wilde Streiks. Warum ist es euch wichtig, eine historische Verbindung zu Betriebs- und Wohnkämpfen zu ziehen?

Manuela Bojadzjev: In den neunziger Jahren blieb der Antirassismus oft abstrakt und stark auf Aufklärung beschränkt. Er verband sich nicht mit anderen sozialen Kämpfen. Zum einen waren die militanten Auseinandersetzungen in der Fabrik, der Uni und den Stadtteilen relativ marginalisiert. Zum anderen wollte eine Reihe von linken AktivistInnen gegen den erstarkenden Rassismus und Nationalismus einen neuen politischen Aufbruch organisieren.

In den siebziger Jahren hat dagegen das begriffliche Bewusstsein von der Eigenständigkeit des rassistischen Herrschaftsverhältnisses gefehlt. Es gab alltägliche spontane und organisierte Praktiken, mit denen sich MigrantInnen immer wieder gegen Rassismus zur Wehr gesetzt haben. Aber sie wurden auf ambivalente Weise sowohl in andere soziale Auseinandersetzungen integriert als auch unter den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung subsumiert. Wir wollten diese Geschichte migrantischen Widerstandes erzählen, weil sie vielen Leuten unbekannt ist.

Viele Äußerungen von Kanak Attack klingen so, als ob ihr marxistischen Operaismus in die Rassismustheorie importieren wolltet. Macht ihr Anleihen bei diesem Ansatz und begreift so die Praktiken von MigrantInnen als einen Motor der historischen Auseinandersetzungen?

Vassilis Tsianos: Operaismus in der Rassismustheorie finde ich eine schöne Formulierung. In unserer theoretischen Praxis arbeiten wir tatsächlich an einer widerstandstheoretischen Perspektive, aus der wir Rassismus analysieren und kritisieren wollen. Dabei geht es nicht so sehr um MigrantInnen als Subjekte, sondern vor allem um eine Konzentration auf die Dynamik der Kämpfe.

Das heißt, wir verstehen Antirassismus nicht bloß als eine Reaktion auf

staatliche Repression. MigrantInnen haben zum Beispiel auf den Anwerbestopp von 1973 damit geantwortet, hinter dem Rücken der neuen Abschotungspolitik die Familienzusammenführung als ein Instrument für Einwanderung zu benutzen. Dieses Wissen um die eigene geschichtliche Aktivität, diese operaistische Sichtweise, ermöglicht MigrantInnen ein anderes politisches Bewusstsein. Das ist der Kanak-Aha-Effekt.

In gewisser Weise löst ihr mit diesem politischen Ansatz die Kämpfe von MigrantInnen aus der Geschichte der Neuen Linken und schafft eine Selbstreduktion auf migrantischen Widerstand.

Michael Willenbücher: Es ging uns um die Artikulation von antirassistischen Praktiken in den Betriebskämpfen. Aber das kann man natürlich nicht von dem internationalistischen Anspruch, der damals in der Linken existierte, abtrennen. Rassismus wurde erst zu einem Zeitpunkt thematisiert, als die Phase der Arbeitskämpfe mit starker migrantischer Beteiligung längst vorbei war. Wir haben uns gefragt, was sich in den Arbeitskämpfen der sechziger und siebziger Jahre jenseits der Parole »Ein Gegner, ein Kampf!« artikuliert hat. Was gab es an Widerstand von MigrantInnen, der nie als eigenständiges Handeln dokumentiert wurde?

Bojadzjev: Es wäre falsch, die Geschichte einfach umzudrehen und eine Kontinuität des Widerstands von EinwandererInnen zu behaupten. Mit der »OpelPitbullAutopot«-Revue haben wir versucht, die Geschichte als diskontinuierlichen Verlauf von Ereignissen darzustellen und nicht nur die organisierten Formen von Widerstand, sondern auch alltägliche Situationen zu erzählen.

Mit eurer Revue habt ihr zwar eine detaillierte Rekonstruktion dieser Geschichte geleistet, aber zur aktuellen politischen Situation wenig gesagt. Die Revue endete mit einem sehr allgemeinen und sehr pathetischen Aufruf zur migrantischen Selbstverteidigung. Wie wollt ihr diese ästhetische Repräsentation von Hass und Militanz in konkrete politische Praktiken übersetzen?

Bojadzjev: Es stimmt, dass wir in der Revue zur aktuellen Situation wenig gesagt haben. Wir haben in den letzten drei Jahren sehr stark auf dieses Projekt hingearbeitet: die Geschichte des antirassistischen Widerstands und der Migration in Deutschland sichtbar zu machen. Gleichzeitig fanden an dem Abend Diskussionen zu aktuellen Auseinandersetzungen statt, etwa zur Residenzpflicht. Wenn man die Ebene der Militanz heute überhaupt ins Spiel bringen will, ist es eine Voraussetzung, sich der Geschichte von migrantischen Praktiken bewusst zu werden.

Gleichzeitig bleibt natürlich zwischen dem Aufruf zum Widerstand auf der Bühne und der materiellen politischen Praxis immer eine Lücke. Im Moment interessieren wir uns unter anderem für einen europäischen Zusammenschluss von selbstorganisierten migrantischen Gruppen. Darum wird es im kommenden Herbst auf einer Konferenz in Straßburg zu den Themen Resi-

denzpflicht, Legalisierung, Bürger- und Wahlrechte gehen, die der Mouvement d'Immigration et de Banlieue (MIB) aus Paris mitorganisiert.

Massimo Perinelli: Unsere Arbeit findet auf mehreren Ebenen statt. Eine davon ist die konkrete Arbeit in verschiedenen Städten. Neben der Vorbereitung der Veranstaltung in der Berliner Volksbühne haben wir Diskussionen zur Green Card, zur Leitkultur-Debatte und zu Kanak Chic organisiert. Es gab schon direkt nach der Revue Angebote, sie woanders aufzuführen. Wir werden uns aber definitiv nicht auf eine Art Entertainment-Club reduzieren lassen.

Ihr seid in Frankfurt und Berlin zusammen mit VertreterInnen der Flüchtlingsorganisation The Voice aufgetreten. The Voice vertritt ein ganz anderes Konzept der antirassistischen Arbeit. Sie argumentiert mit der Universalität des Menschenrechts, das ihnen in der BRD quasi wie in einem Apartheid-Staat verwehrt wird.

Perinelli: Das wir in der Analyse auseinandergehen, ist klar. Wenn man tatsächlich zusammenarbeitet, ist man automatisch mit anderen Positionen konfrontiert und wird sich im produktiven Sinne von »gemeinsam kämpfen« streiten müssen.

Bojadzjev: Das Thema der Mobilität, wie es in der Residenzpflichtkampagne angesprochen wird, ließe sich um die Frage der sozialen Mobilität erweitern. Das betrifft nicht nur, aber sehr stark MigrantInnen. Im Grunde geht es um die soziale Misere der Leute, um Diskriminierungen in Bereichen wie Bildung, Wohnen, Arbeit. Hier müsste eine Kritik der Politik rassistischer Stratifikation ansetzen. Die ausländerpolitische Trennung von MigrantInnengruppen lässt sich nicht einfach durch den Appell, »wir müssen jetzt zusammenhalten«, angreifen.

Man merkt eurer Arbeit an, dass ihr an zwei Punkten interessiert seid: das Verhältnis von Kapitalismus und Rassismus zu diskutieren und das Gewicht der antirassistischen Praktiken von MigrantInnen deutlich zu machen. Die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen bleibt bei euch vollkommen ausgeblendet.

Bojadzjev: Diesen Aspekt haben wir nur mit unserem Projekt der historischen Sichtbarmachung bearbeitet. In der Revue gab es zum Beispiel die Erzählung von dem Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss, einem Metallverarbeitungsbetrieb, in dem Vergaser für Autos und Flugzeuge produziert wurden. Dort haben Immigrantinnen in den siebziger Jahren einen der erfolgreichsten wilden Streiks organisiert, bei dem die Abschaffung der unteren Lohngruppen und eine Lohnerhöhung durchgesetzt werden konnten.

Minu Haschemi: Wir hatten ein Problem damit, an die Revue rein additiv einen Extrapart über Geschlechterverhältnisse anzuhängen. Dieses Moment zu einem konstitutiven Teil zu machen, haben wir nicht geschafft. Dadurch sind sicher auch entscheidende Aspekte nicht thematisiert worden. Es gab und gibt zum Beispiel eine unabhängige Migration von Frauen, die nicht über den Familiennachzug läuft. Hier betritt man ein Feld, auf dem sich kapitalistische, geschlechtliche und rassistische Herrschaftsformen überlagern: Es geht darum, dass Migrantinnen im untersten Sektor der industriellen Produktion tätig sind; es geht um Sexarbeit und um die zunehmende Arbeitsteilung unter Frauen, bei der MigrantInnen im Haushalt arbeiten, während deutsche

Frauen lohnarbeiten gehen.

Im Juli will die Einwanderungskommission die Reform des deutschen Reinheitsgebotes für Migration bekanntgeben. In den letzten zwei Wochen hat sich die Debatte darum verschärft. Wie wollt ihr in die Politik von Deutschkurszwang, Integrationsverträgen und selektiver Zuwanderung intervenieren?

Tsianos: Die neue Kanakophilie, diese scheinbare Wende in der Einwanderungspolitik entlang des ökonomischen Kalküls, »wer ist nützlich, wer nicht«, muss grundsätzlich angegriffen werden, solange nicht thematisiert wird, was diese Debatte unterschlägt: das Schicksal der illegal in Deutschland lebenden Menschen. Diese ganze Einwanderungsdebatte sollte von allen antirassistischen Organisationen taktisch damit gekontert werden, eine Legalisierung der Menschen zu fordern, die hier illegal leben.

kanak attak

KANAK ATTAK - VE İSTE O KADAR!

Kanak-Attak sınırlar üzerinden insanlara atfedilen, deyim yerindeyse besik kertmesi 'kimlikler'in ötesinde bir biraradaliktir. Kanak Attak pasaport ya da köken sormaz, pasaport ya da köken sorusuna karşı çıkar.

En küçük ortak paydamız, belirli insan gruplarının ırkçı atıflarla toplumsal, hukuksal ve siyasal sonuçlara yol açacak şekilde Kanaklaştırılmasına karşı çıkmaktır. Kanak Attak milliyetçilik karsitidir, ırkçılık karsitidir ve etnolojik atıflardan beslenen her türlü kimlik politikası biçimini reddeder.

İnsanları sömüren, baskılayan ve aşağılayan herkese ve herşeye doğrudan karşı çıkıyoruz. Kanak Attak'ın müdahale sahası siyasal-ekonomik egemenlik ilişkilerinin ve kültür endüstrisinin değerlendirme mekanizmalarının eleştirisinden Almanya'daki** gündelik hayatın olgularıyla hesaplamaya kadar uzanır. Genel insan hakları ve temel haklardan yana çıkıyor, ama aynı zamanda bir eşitlik modeline bağlı kalmayan ve hegemonyal bir kültüre tabiyeti reddeden bir tutumu benimsiyoruz. Doğru olan, her somut durumda müzakere edilmeli ve karara bağlanmalıdır.

Onyıllardan beri Alman-olmayanların siyasal durumuna, yaşam koşullarına ve gündelik hayatına işaret eden dernekler ve girişimler mevcut. Buna rağmen bu çabalar her grubun kendi cemaatiyle sınırlı kalıyor. Kanak Attak lobi politikası yapmaz, konformist göçmen politikasından kopar; hücumla dönük bir biçim ve içerikle geniş bir kamuoyuna hitap etmeyi ister. Toplumsal ve siyasal koşulların adını koymaksızın Almanya'dan yakın, tanınma ve hoşgörü dileyenlere meydanı bırakmamanın zamanı geldi. Ne şimdiki köseciklerini istiyoruz onların, ne de bizi, yani seni ve beni temsil etme hakkını gaspmelerini kabul ediyoruz.

Diyalog Kültürünün Sonu

Kanak Attak'tan birçoklarının burnuna sokakların kokusu gelse de, gettoların çocuğu değildir. Gerçi otantik ve egzotik insan malzemesi pesindeki kültür endüstrisinin iz sürücüleri böyle olsun isterlerdi... En aşağıdan en yukarıya, Alman toplumunun güneşli kısmına doğru dövüşe dövüşe yükselen öfkeli genç göçmen figürü bu isteğe uygun düşer. Hiddetin üretken bir kültürel ve ekonomik sermayeye dönüşmesine dair nasıl da dokunaklı bir neoliberal hikâye anlatılabilir o zaman: Alman edebiyatı ve yerli müzik pazarı için sahici bir zenginleşme! Aman gelsinler.

Kanak Attak, "yabancı yurttaşlar günü" gibi mäsamerelerle ve hümanist kampanyalarla diyalogun ve Kanaklarla çoğunluk toplumunun barışçıl ortak yaşamının tesvik edilebileceğine inanan siyaset anlayışından kendini bilinçli olarak ayırır. Kanak Attak, hava iyiyse ve vicdan da pek bulanık değilse otomobilinin camına "Yabancılar bizi bu Almanlarla yalnız bırakmayın!" çıkartması yapıştırarak bu zihniyetin, çokkültürcülüğün dostu değildir. Zaten bu modelin fazla savunucusu da kalmamıştır. Sanki bazı belediye deneylerinden daha yüksek bir statüye erismemiş, hatta hegemonik hale gelmiş gibi, Mainstream'in bazı kesimleri şimdi çokkültürlü toplumun başarısızlığa uğradığından bahsediyorlar. Bu durumda asimilasyon ve tabi olma yoluyla entegrasyon talebinden de geri kalınmıyor. Kendileri o kadar açık, demokratik, melez, ironik ki zaten! Ama ya su "Ötekiler"! Kapalı, gelenekçi, cinsiyetçi, mizahtan yoksun, fanatik - tek kelimeyle: fundamentalist. Elbette, göçmenlerin en büyük eksigi hoşgördür. Ve eklenmek istemeyenin aydınlanmış Almanya'da** yeri yoktur. Hâkim bir pozisyonda oturarak hoşgörü talep edilirken mevcut egemenlik ilişkileri örtbas edilmektedir. Fazla yüksek sesli eleştirilere karşı yapılan uyarılar da aynı mantığı tasir. Böylesi tepkiler hem terbiyesizce, bizi aydınlatanlara bakılırsa, hem de Alman çoğunluk toplumunda önyargılar oluşmasına sebebiyet verebilir. Ve bu, Almanya'daki ırkçılığın varyantlarından sadece birisidir. Cumhuriyetin Dogu'sunda milliyetçiler tarafından kurtarılmış bölgelerde bir adım daha atılmaktadır: ülke yabancıardan arındırılmaktadır, buna göre.

Siyasete Giriş

Kanak Attak, yurttaş haklarının kısmen tanınması halinde bile tasarımlarımıza asla uymayan "yabancı" statüsüne ilke olarak karşı çıkar. Herkesin pasaport ve seçme hakkı gibi şeyler elde etmesini halinde buranın hiç de dünya cenneti olacağına inandığımızdan değil... ama herkesin en azından salt biçimsel düzlemde eşit haklardan yararlanmasını zorunlu bir önkosul sayıyoruz. Nitekim yurttaşlık, özellikle de gündelik sorunlarda ehemmiyetli, hatta bazan varoluşsal bir anlam kazanıyor. Uyusturucu kullanımı, ıssızlık ya da istenmeyen siyasal etkinlik karşısında ülke dışına sürülmekten koruduğunu düşünün, yeter. Herkesin en azından biçimsel-hukuksal açıdan eşit olması, toplumsal eşitsizliğin ekonomik nedenleri üzerine düşünmeyi ve bunlarla mücadeleyi de kolaylaştıracaktır.

Son seçimlerden beri yeni bir yapı oluşuyor. Çifte vatandaşlık imkânı -"Hösgeldiniz yeni vatandaşlar!" (Bild gazetesi)- muhafazakârları, ırkçıları ve sağcıları kızdırmak pahasına, fasızmdan beri ilk defa devleti oluşturan halkla güya doğustan edinilen kader bağını, kan ilkesini biraz geriletiyor. Fakat -dikkat!- belirli göçmenlerin imtiyazlı kılınması, diğerlerinin dışlanmasıyla birlikte gider. Kızıl-yeşil koalisyon, göçle, ilticaıyla ve kaçakların durumuyla ilgili sorunları pas geçerek, illegal duruma düşenleri suçlu olarak damgalayan, istenmeyen kişileri Yabancılar Yasasına dayanarak ülkeden ihraç etme uygulamalarını sürdürerek, söyleyeceğini açıkça söylüyor. Bütün bunlar, nezih, tahammül edilen gruplarla arzulananmayan gruplar arasında açık veya ince bir sınır çekilmesini sağlıyor.

Vesayetçi tavırların listesi uzundur. İster yasalar ve yönetmelikler biçiminde olsun, ister yaya geçitlerindeki ya da istasyonlardaki etnolojik surat denetimleri biçiminde, bunlar insanların mekânını ve zamanını çalıyor. Bu yerli ormanda vaka-yi adiyeden hale gelmiş olan, açıkça teşhis edilebilir Kanakların bedenine, canına yönelik saldırıları bir yana bırakıyoruz. Bu saldırılar sadece Tötonik yumruk hakkının değil, daha çok devletin iltica ve ülkeden ihraç uygulamalarının neticesidir.

Çagdas Dogallik Kabullerine, Aliskanliklara Karsi

Irkcilik Almanya'da son zamanlarda özellikle kùltùralist biçimiyle kendini gösteriyor. Baska Avrupa ùlkelerindeki gibi burada da Islâm farkli irkciliklerin yansitma düzlemi olarak hizmet görmekte. 'Yabancı güçler içimize sızacak' fantazmasının da burada bir yeri var. Biz Islâmi homojen bir ideoloji saymıyoruz. Tümùyle reddettigimiz örgütlü siyasal Islâmın gündelik din dersiyle pek az alâkasi var. Buna mukabil anti-Islâmçilik, Federal Alman toplumunun yeni yeni-irkcî mutabakatının temellerinden birisidir. Buna dönük atiflar, basörtüsü söyleminde yoğunlasiyor. Bu noktada gerici politikacilar bile ezilen kadın için duyduklari merhameti kesfediyorlar - yeter ki bu ezilmislik, ah su gerikalmiş Islâmın sirtina yıkilabilin.

Mutlaka saldirilmasi gerektiğini düsündüğümüz bir baska irkcî düsünce unsuru, halkların bilesiminin tesadüfe birakilmaması, bir sekilde düzenlenmesi gerektiği tasavvurudur. Bu saçmalık öylesine yaygındır ki, Yabancılar Yasasında da çıkar karsımıza, bar kapisında ciddi bir suratla içerdeki "dogru bilesime bekçilik eden koruma görevlisi suretinde de. Baskalarının da nerede ve nasıl yasayıp nerede nasıl egleneceklerine kendilerinin karar vermesinin iyi olacağına dair bir anlayis gösterenlerin dikkati de, iyi niyetli kisilerce, denetimsiz göçün meydan verebilecegi sorunların baskısına çekiliyor. Birilerinin "çok az", ötekilerin "çok fazla" olması en azından tatsizliga yol açarmış, öyle deniyor. Biz basitçe yurttaşlık haklarının veya diğeri imtiyazların ilâve gruplara yayilmasını talep etmiyoruz; "içerde" ve "disarda" arasındaki dogalmış gibi gösterilen düzenlemeyi ve hayat imkânlarının irkcilik tarafından hiyerarşiye tabi tutulmasını sorguluyoruz.

Iste o kadar.

Temsil mi? Temsil!

Kanak Attak, iki sandalye arasında oturmak gibisinden eski zevzekliklerden gina getiren ve kùltürler arasında himbil himbil 'zap' yapma saçmalığını da omurgasiz postmodern mavallar sayan, değısik toplumsal kesimlerden Kanaklara bir platform sunuyor. Kanak Attak etnik kimlik atiflarını ve rollerini, "biz" ve "onlar"ı yıkmak, asmak istiyor. Ve Kanak Attak bir köken meselesi ya da kâğıtlarla ilgili bir şey olmayıp bir tavir oldugu için, göçmen olmayanlar ve bilmemkaçinci kusak Almanlar da bu ise dahildir.

Bütün kusaklardan göçmenlerin yeni bir tavrini ortaya koymak üzere ileri çikiyoruz; müstakil olarak, yanasmacilik ve konformizm yapmadan. "Teori, politika ve sanat pratiginin bir karisiminden yararlanıyoruz. Bu sarki bizim.

Basliyor. Kanak Attak!

Kasim 1998

** Orijinal metinde de"Almanya" diye geçiyor.-ç.n.

kanak attak

Selbstermächtigung unter Bedingungen eines rassistisch stratifizierten Elends

Kanak Attak im Gespräch mit SUBTROPEN / November 2001

Subtropen: Vergangenen Sommer habt ihr anlässlich der Grenzcamps eine Initiative vorgeschlagen, die im Kern auf den gesellschaftlichen Status der illegalisierten Migrantinnen und Migranten zielt. Die Forderung nach Legalisierung soll in die offizielle Einwanderungsdebatte eingreifen und zugleich als Ein-Punkt-Programm die anti-rassistische Arbeit in der Bundesrepublik neu orientieren. Nach eurer Analyse waren die Ausgangsbedingungen hierfür noch im Sommer besonders günstig. Ist mit den Anschlägen in New York und Washington und dann mit der Kriegserklärung der NATO dieser Initiative der Boden entzogen worden?

Kanak Attak: Die veränderte Lage seit September zwingt uns tatsächlich dazu, über diese Ausgangsbedingungen erneut nachzudenken. Insbesondere der Kriminalisierungsdruck hat erheblich zugenommen. Damit sind sicherlich die Bedingungen für eine Diskussion um Legalisierung nicht mehr so gut wie zuvor. In der EU leben schätzungsweise fünf Millionen Illegale. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie sich deren Existenzbedingungen unter den Fahndungsaktivitäten, den neuen sogenannten Antiterror-Gesetzen, dem Ausbau des Polizeiapparats und so weiter verschlechtern werden. Der verkündete langandauernde Krieg schränkt die Resonanz für eine Forderung nach Legalisierung ein. Stattdessen wird Verdächtigungen aller Art Raum gegeben. So dringend eine Legalisierung gerade in dieser Lage wäre, so wenig ist die Öffentlichkeit jetzt noch bereit eine Forderung in dieser Richtung aufzunehmen. Aber wenn wir über die Ausgangsbedingungen neu nachdenken, dann gehören die Analysen und Einschätzungen, die wir vor dem September entwickelt haben, zu diesem Nachdenken dazu. Unsere Einschätzung der Krise des Antirassismus in der Bundesrepublik geht in diese neuen Ausgangsbedingungen unbedingt ein. Insofern ist uns nicht der Boden völlig entzogen worden, um eure Formulierung aufzugreifen, aber die gegenwärtige politische Konstellation verlangt nach einer Weiterentwicklung.

Subtropen: Einverstanden, bevor wir auf diesen Aspekt zurückkommen, können wir erst mal versuchen, die Voraussetzungen zu klären, unter denen anti-rassistische Arbeit in den vergangenen Jahren stattgefunden hat. Ihr sprecht von einer anti-rassistischen Arbeitsteilung, die die anti-rassistische Arbeit eher belastet als voranbringt. Worin besteht diese Arbeitsteilung, wie hat sie sich herausgebildet und was sind ihre genaueren Wirkungen?

Kanak Attak: Die Arbeitsteilung zeigt sich darin, dass die verschiedenen Gruppen jeweils ihre Spezialthemen haben. Sie beschäftigen sich mit Asylpolitik und Asylbetreuung, mit den Flüchtlingsregimes und der Deportationspraxis, mit der Selbstorganisation von Flüchtlingen, mit linker Antirassismusbearbeitung oder mit Antifaschismus. Alle beschäftigen sich mit dem rassistischen Regime, oder besser, mit einzelnen seiner Aspekten. Hier hat sich eine Struktur der Arbeitsteilung ergeben, in der die Kompetenzen und Zuständigkeiten festliegen, eine Struktur, die unangreifbar scheint. Für uns ist diese verfestigte Arbeitsteilung selbst Ausdruck der Krise der anti-rassistischen Szene. Sie schleppt diese Struktur seit ungefähr zehn Jahren mit. Schon vorher hatte sich

diese Arbeitsteilung herausgebildet, wenn man an die Wohlfahrtsverbände denkt. Die Linke hat diese Struktur in gewisser Weise übernommen. Damit sind aber auch bestimmte Politikformen wie Non-Government-Organisation oder Selbstorganisation festgelegt, verbunden mit einer politischen Praxis, die auf Betreuung oder Selbstverteidigung ausgerichtet ist. Wir kritisieren nicht die einzelnen Elemente dieser Politik, sondern ihre Strukturierung. In ihrer Struktur ist die Defensive schon eingeschrieben. Der entscheidende Punkt unserer Kritik ist der, dass die anti-rassistische Arbeit nicht über ein reaktives Verhältnis zu den gesellschaftlichen Transformationen hinauskommt. Jede Verschärfung eines Gesetzes ruft eine kalkulierbare Gegenreaktion hervor. Die Formen der Politik entsprechen immer noch denen von Wohlfahrtsverbänden. Sie hinken der Initiative der Herrschenden hinterher, weil es nicht möglich scheint, die verschiedenen Elemente der Aktivitäten zusammenzudenken.

Subtropen: Aber diese defensive Haltung ist doch viel grundlegender in der Defensive emanzipatorischer Politik zu suchen. Das reaktive Verhältnis zu den Vorgaben staatlicher Apparate und der Regierung, zu den rassistischen Kampagnen der Konservativen und auch zur Politik der Faschisten hängt doch ursächlich damit zusammen, dass das eine gesellschaftsverändernde Praxis, die diese Elemente anti-rassistischer Aktivität zusammenbringen könnte, sich nicht so recht verdeutlichen lässt. Die Kritik an den Grenzen bestimmter Tätigkeiten, an der Betreuungsfunktion etwa, oder an der Verfasstheit als Nicht-Regierungsorganisation oder an den Beschränkungen der Selbstorganisation unmittelbar Betroffener kann diesen Mangel doch nicht aus sich selbst heraus überwinden. Daneben sind es doch gerade diese anti-rassistischen Gruppen, die ein Minimum an Kontakt, an Beziehungen und an direktem Umgang organisieren. Kann auf dieser zwar schmalen, aber immerhin vorhandenen Grundlage der Antirassismus nicht eine neue Orientierung finden?

Kanak Attak: Das ist nur möglich, wenn auf dieser Basis tatsächlich die verschiedenen Elemente zusammengedacht werden, wenn sich hier eine Haltung herausbilden ließe, die man als universellen Antirassismus bezeichnen könnte. Dem steht aber die Struktur der Arbeitsteilung im Weg. Es ist richtig, den Mangel einer linken emanzipatorischen Option festzustellen. Der Antirassismus trägt so die Mitgift einer Niederlage, die viel früher stattgefunden hat. Der Antirassismus, wie wir ihn kennen und in dem wir selbst uns ja auch politisch sozialisiert haben, ist das Produkt der Genealogie der Niederlage der deutschen Linken. In vielem erscheint er wie ein Kompensationsprojekt für eine emanzipatorische Politik. Er ist immer noch gebannt durch den Schock, den viele Linke hatten, als nach 1989 sich Nationalismus und Rassismus wahrnehmbar ausbreiteten. Noch immer ist es schwierig, Antirassismus und Antikapitalismus zu artikulieren, noch immer beobachten wir eine gewisse Theoriefeindschaft, die vor der Kapitalismuskritik zurückschreckt, weil sie sie für nicht kommunizierbar hält. Das sind Folgen der historischen Niederlage. Auch das problematische Verhältnis zu Fragen der Migration und zu den Migrantinnen und Migranten und ihren Communities hängt mit diesem Zustand der deutschen Linken zusammen. Das Fehlen einer emanzipatorischen Option für diese Gesellschaft führt zu einem Nicht-Verhalten gegenüber diesen sozialen Phänomenen, stattdessen hält man starr an einmal gefundenen Organisationsstrukturen fest. Wir gehen davon aus, dass sich das rassistische Regime der Bundesrepublik in den letzten Jahren transformiert hat. In dieser Transformation haben sich neue Kräfteverhältnisse hergestellt, die nicht wahrgenommen wurden. Das bezeichnen

wir als Krise des Antirassismus.

Subtropen: Woran lässt sich dieser Regimewechsel in euren Augen festmachen? Sicherlich, die Bundesrepublik bekennt sich jetzt staats offiziell als Einwanderungsgesellschaft, ein gravierender Unterschied zur konservativen Regierung unter Kohl, die das immer abgelehnt hat. Doch in den konkreten Formulierungen meint dieses längst überfällige Eingeständnis doch nur die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Auch in der Frage des Staatsbürgerrechts gibt es eine Ablösung vom Verwandtschaftsprinzip, dem Blutsrecht, hin zum Territorialprinzip, dem an den Ort gebundenen Geburtsrecht, aber die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft als Möglichkeit für Migrantinnen und Migranten ist ausgebremst worden. Welche neuen Handlungsmöglichkeiten haben sich durch diese Veränderungen ergeben?

Kanak Attak: Grundlegend ist die Transformation des rassistischen Regimes, wenn man sich das Verhältnis von Staat und Migration anschaut. Der Unterschied zwischen der Verleugnung der Einwanderung früher und der Definition als Einwanderungsgesellschaft heute hat Wirkungen, die wir nicht so sehr am Regierungswechsel selbst festmachen, sondern an der Verschiebung des politischen Klimas. Die Kirchen, die Ausländerbeauftragten in Land und Bund, die Wohlfahrtsverbände fanden nun Gehör, migrantophile Positionen waren öffentlich zu vernehmen. Schon vor dem Regierungswechsel von 1998 hatten sich diese Positionen herauskristallisiert. Durch die rot-grüne Regierung entstand ein neuer Code. Die Debatte um das Einwanderungsgesetz erzeugte eine kontingente Situation, die nicht von vorne herein auf bestimmte Positionen reduzierbar war. Die Regierung versuchte zivilgesellschaftliche Zustimmung aus alle Richtungen zu organisieren. Mit der Süsmuth-Kommission sollte das rechte parlamentarische Lager eingebunden werden, aber auch für kritische Stimmen, die zuvor nie zu Wort kamen, eröffneten sich Möglichkeiten. Dieser Klimawechsel reichte bis in die CDU hinein. Der Aushandlungsprozess war im vergangenen Sommer noch nicht abgeschlossen.

Subtropen: Aber hat die CDU in Hessen mit ihrer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft Anfang 1999, massiv unterstützt von den Massenmedien, nicht den zivilgesellschaftlichen rassistischen Konsens gegen die Regierungspolitik mobilisiert? Gibt es nicht strukturell eine konservative Hegemonie in der Bundesrepublik?

Kanak Attak: Die Rahmenbedingungen sind klar, und bei der doppelten Staatsbürgerschaft wurden sie deutlich und auch abgesteckt: Die Regierung verfolgte ihr Projekt nur halbherzig, was man dann an ihrem eiligen Zurückweichen erkennen konnte. Fraglich ist, ob Rot-Grün das eigene Projekt wirklich voran bringen wollte. Mit dem Konzept der Integration wurden ja ständig Anschlüsse für die Mobilisierung der Rechten geliefert. Ein weiterer Punkt kommt hinzu, in der Green Card-Diskussion hat sich gezeigt, dass es der Regierung in erster Linie um eine neue Aufteilung und Segregation der Migration nach Kategorien der kapitalistischen Verwertbarkeit geht. Hier war sie sich der Unterstützung dynamischer internationalisierter Fraktionen des Kapitals sicher. Also, wir haben keine Illusionen in die Einwanderungsgesetzgebung. Gerade aus migrantischer Perspektive war der Wechsel des politischen Klimas jedoch nicht unwichtig. Die Transformation des rassistischen Regimes brachte eine Vereinfachung der Aufenthaltstitel. Die Situation war aufgelockert und Raum für Einmischung gegeben. Eine kontingente Situation bedeutet, dass es Interventionsmöglichkeiten gibt. Darauf zielt die Forderung nach Legalisierung. Sie ist der Versuch, die berechtigte Forderung nach offenen Grenzen in einer konkreten Situation eine dieser Situation angemessene Formulierung zu geben, um politisch handeln zu können. Die Formel ist ganz einfach, sie lautet: Legalisierung vor Novellierung. Erst müssen die Illegalisierten der Migration einen anderen sozialen Status erhalten, dann erst kann eine Einwanderungsgesetzgebung stattfinden. In dieser Richtung müsste an diesem Punkt der Gesetzgebung politischer Druck von links ausgeübt werden. Gegenwärtig nun scheint

der Versuch unternommen zu werden, die Kontingenz wieder völlig auszuschalten und die Diskussion unter Kontrolle zu halten. Wenn das gelingt, bleibt wieder nur die Alternative der Herrschenden, also Zuwanderung unmöglich zu machen oder sie zu dosieren nach den Erfordernissen der Kapitalverwertung.

Subtropen: Die Alternative zwischen Nationalisten und Ökonomen also. Ihr habt die migrantische Perspektive bereits angesprochen. Bei anderen Gelegenheiten sprecht ihr von der Autonomie der Migration. Bisher haben wir lediglich die sich verändernden Bedingungen rassistischer Herrschaft berücksichtigt. Ist die Migration von den herrschenden nationalistischen oder ökonomistischen Formen der Politik unabhängig? Folgt sie in diesem Sinn einer eigenen Gesetzlichkeit? Kurz, was bedeutet in euren Augen Autonomie der Migration?

Kanak Attak: Ein Beispiel dafür ist die Einwanderung in die Bundesrepublik nach dem Anwerbestopp von 1973. Hier wurde die gesetzliche Möglichkeit der Familienzusammenführung genutzt, wobei der Topos Familie von Seiten der Migranten und Migrantinnen eine eigenwillige Auslegung erhielt, zumindest war nicht die deutsche fordistische Kleinfamilie das Muster. Ähnliches war im Umgang mit dem Asylrecht zu beobachten. Anders gesagt, innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten entwickelten sich autonome Praktiken, um die Migration zu organisieren. Die Autonomie der Migration zeigt sich vor allem in der absolut chaotischen und dezentralen Art, in der billige Arbeitskräfte ethnisiert wurden und zugleich diese Arbeitskräfte die sich ihnen bietenden Möglichkeiten zur Einreise nutzten. Dieser Prozess war nicht vorhersehbar und auch nicht kontrollierbar. Die Kontrollpolitiken haben zunächst nicht gegriffen, die Familienzusammenführung, das Asylrecht waren bis zu einem bestimmten Punkt nicht angreifbar. Das zweite Moment ist, dass die Präsenz die Formen verändert hat, unter denen der Überlebenskampf von Migrantinnen und Migranten stattfindet, zum Beispiel die Art wie ethnische Communities entstanden. Ein wichtiger Strang in der Einwanderungsgesetzgebung geht im Grunde darum, die in der Vergangenheit chaotisch abgelaufene Migration zu verregeln. Doch jede neue Regel, jede neue juristische Kodifizierung kann auch neue autonome Taktiken der individuellen und kollektiven Nutzung hervorrufen. Diese Taktiken bleiben unvorhersehbar. Sie sind nicht strategisch planbar, obwohl in letzter Instanz von der Dominanz des Migrationsregimes der Herrschenden auszugehen ist.

Subtropen: Die Taktiken, von denen ihr spricht, sind doch nur in einem sehr beschränkten Verständnis als autonom zu bezeichnen. Mit einem emphatischen Autonomiebegriff haben sie zumindest wenig gemein. Diese Taktiken finden Anwendung unter der Dominanz des herrschenden Migrationsregimes, wie ihr selbst sagt, sie haben nur eine befristete und partielle Wirkung, dann greifen wiederum die Kontrollmechanismen. Das ist aber nur die eine Seite. Man kann sogar noch weitergehen und sagen, diese Taktiken sind das glatte Gegenteil von Autonomie. Sie stehen unter der Heteronomie nicht nur in letzter Instanz durch das Migrationsregime. Sie sind heteronom auch aufgrund des informellen Charakters, der nichts mit individueller Autonomie zu tun haben muss, sondern möglicherweise von Clanstrukturen bestimmt sein kann oder von einer ethnischen Identitätspolitik beherrscht wird. Ihr führt die ethnischen Communities an. Damit aber steht man vor dem Problem des Spiegelverhältnisses von Ethnisierung und Selbstethnisierung. Die bürgerliche Vorstellung von Autonomie war reichlich angefüllt mit Identitätsbildern, mit denen der Persönlichkeit und der Bildung, denen der Nation und der Kultur. Rassismus und Ethnisierung haben dabei immer die Funktion gehabt, autoritäre, homogenisierende Kollektivbildungen zu stützen. Muss die Kritik nicht auf beide Seiten zielen: auf das rassistische Regime der Herrschenden wie auf die ethnische Identitätspolitik der Beherrschten? Wäre in der Perspektive der doppelten Kritik nicht eine Verbindung zwischen den von euch angeführten autonomen Taktiken und einer erweiterten sozialen, individuellen wie kollektiven Autonomie zu suchen?

Kanak Attak: Ja, wir wenden uns aber gegen eine abstrakte Form der Kritik, die vom Schreibtisch aus verfügt, wie die Lebensformen aussehen dürfen oder nicht. Denn schon die Figur des Spiegelverhältnisses von Ethnisierung und Selbstethnisierung ist problematisch. Sie impliziert eine Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit, was die Strukturierung dieses Verhältnisses von Unterwerfung betrifft. Fremd- und Selbstethnisierung können nicht einfach analytisch auseinandergelassen werden, geschweige denn sind sie separat zu bekämpfen. Die Identitätspolitik der Beherrschten ist immer auch eine Selbstermächtigungsstrategie unter Bedingungen eines rassistisch stratifizierten Elends. Das heißt, wenn wir von den ethnischen Communities sprechen, dann haben wir klar vor Augen, dass sie den Migrantinnen und Migranten unter den Bedingungen des rassistischen Regimes einen Schutz gewähren, der ihre Überlebensbedingungen verbessert. Dieser Aspekt wird häufig unterschlagen, er ist aber sehr wichtig. Was wiederum nicht heißt, dass in diesen Communities alles so bleiben soll, wie es ist. Wir treten für ein nicht-polemischeres Verhältnis ein, in dem die Kritik je nach Situation mögliche andere Praktiken im Blick behält. Man muss das dialektische Moment herausarbeiten. Es gibt hier positive Möglichkeiten einer anderen Form der Vergesellschaftung wie negative, reaktionäre, die wir nicht wollen. Unter den autonomen Taktiken verstehen wir etwas, was sowieso im Alltag stattfindet. Wir versuchen damit eine Dimension der Materialisierung anzugeben, die nicht moralisch-ideologisch zu reduzieren ist. Die Materialität der Taktiken geht niemals völlig identitätspolitisch auf. Darin liegt die Chance linker Kritik. Die Taktiken haben eine Materialität in den konkreten Produktions- und Reproduktionsverhältnissen. Die identitären Prägungen und Fesseln können nur abgestreift werden, wenn interne Momente in der Reproduktion der Lebensverhältnisse transformiert werden. Wir plädieren für eine praktische Kritik, die die Immanenz der Möglichkeiten nutzt und diese Nutzung politisch artikuliert.

Subtropen: Auffällig ist, zum Beispiel auch in der Revue *Opelbulautoput* bei der Kanak Attak-Veranstaltung im April in der Volksbühne, dass ihr euch dabei auf die Arbeitskämpfe in der späten fordistischen Formation, etwa die Streiks bei Ford 1973, zurückbezieht. Wie sieht es aber mit Bezug auf das letzte Jahrzehnt aus?

Kanak Attak: Sicher, das waren Kämpfe der ersten Generation. Heute steht Fabrik als Produktionsort nicht mehr im Zentrum migrantischer Kämpfe. Aber es hat sich noch mehr geändert. Es gibt eine andere Qualifikationsstruktur der ethnifizierten Arbeit, auch arbeitsrechtlich beispielsweise kann sich die zweite Generation anders als die erste nun behaupten. Das hat auch zum Teil damit zu tun, was die antirassistische Arbeit und der kanakische Alltag inzwischen als Normalität vorstellungen davon, wie man leben kann, durchgesetzt hat. Diese Leute sind nicht betreubar, sie verfügen über eine Alltagspraxis, die nicht zu dem stigmatisierenden Klischee des kanakischen Opfers passt. Viele verfügen über eine geregelte Aufenthaltserlaubnis, also ziemlich sichere Aufenthaltstitel. Sie können mit der deutschen Sprache selbstverständlich umgehen, was ganz andere Artikulationsmöglichkeiten eröffnet. Diese Veränderungen resultieren aus zwei Momenten, die sich im historischen Rückblick festmachen lassen: Zum einen das Hineinleben in die bestehende Gesellschaft, so beschissen wie die Verhältnisse auch sind, und der Widerstand, der sich nicht in erster Linie politisch artikuliert, das zwar auch, aber hier ist eine erstaunliche Vererbung der resignativen Gleichgültigkeit zu beobachten, sondern er zeigt sich vor allem in alltäglichen Praktiken. Auch in dieser Hinsicht rückt die Reproduktion der Lebensverhältnisse in den Mittelpunkt. Die symbolische, imaginäre oder auch ideologische Ebene ist dabei von besonderem Gewicht. Hier können wir ein paradoxes Verhältnis beobachten, zum Beispiel bei der Kanak-Schickeria, erstens visualisiert sie den Aspekt der sozialen Mobilität auf eine ethnisierende Art, zweitens aber ist dies in der Performativität nicht ethnisch zurückzuführen. Also in der Widersprüchlichkeit der Reproduktion gibt es Anknüpfungspunkte. Hinzu kommt eine Fragmentierung der Existenzweisen. Es kann nicht um den Migranten per se gehen. Illegalisierte, Kanaken der zweiten Generation und noch

anzuwerbende Green Card-Besitzer können nicht auf eine politische Linie festgelegt werden. Dies führte nur zu einer Allgemeinheit, die leer bliebe. Eher schon bestünde eine gewisse allgemeine Voraussetzung in einer gemeinsamen Haltung.

Subtropen: Richtet sich die Forderung nach Legalisierung auf die Erzeugung einer solchen Haltung? Soll damit ein gewisser Grad an Verallgemeinerung hergestellt werden?

Kanak Attak: Die Forderung nach Legalisierung zielt nicht auf Repräsentation und nicht auf Partizipation. Mit ihr sollte tatsächlich eher eine politische Haltung zum Ausdruck gebracht, als eine Linie fixiert werden. Sie ist mit Bezug auf einen stattfindenden Aushandlungsprozess um die Einwanderungsgesetzgebung gestellt. Sie setzt kein politisches Subjekt voraus, sondern ist als offene Konzeption vorgeschlagen, durch die sich ein politisches Subjekt konstituieren kann und die bis in die zivilgesellschaftlichen Milieus hinein tragfähig werden könnte. Es geht um die Mobilisierung unerwarteter Kräfteressourcen. Hieraus, so war zumindest im Sommer unsere Einschätzung, könnten die Bedingungen der Kommunikation hergestellt werden, die die antirassistische Arbeitsteilung zeitweise überwinden; und damit hätte sie einen exemplarischen Charakter.

Subtropen: Kommen wir auf den Anfang des Gesprächs zurück. Wie hat sich die Lage in dieser Hinsicht seit September geändert? Ihr habt den Akzent auf eine politische Offensive gelegt, auf eine offensiv vorgetragene politische Haltung. Wie ist gegenwärtig mit diesem Anspruch das politische Potenzial einzuschätzen? Worin könnte eine Weiterentwicklung der Forderung nach Legalisierung in der heutigen Situation bestehen?

Kanak Attak: Heute haben wir eine Situation, in der die Bedingungen einer offensiven Politik, wie wir sie noch im Sommer sahen, nicht mehr in gleicher Weise existieren. Das Thema Einwanderung ist komplett auf ein kontrollpolitisches Terrain verschoben, was neue Anforderungen stellt. Es geht nicht darum, eine Haltung des Jetzt erst recht einzunehmen, die gleich abstrakt und hilflos wäre. Man muss vielmehr versuchen zu verstehen, welche Momente der gegenwärtigen Konjunktur es uns ermöglichen könnten, dem im Gewand des Antislimismus und dem Sicherheitsdiskurs sich artikulierenden Rassismus etwas entgegenzusetzen. So richtet sich Schilys Terrorbekämpfungspaket Nr. 1 nur nominell gegen den Terrorismus. Das schon lange existierende Ausländerzentralregister, das die informationelle Totalerfassung aller Lebensbereiche einer nach Abstammung definierten Wohnbevölkerungsgruppe gewährleistet, erlaubt neuerdings einen innerbehördlichen Online-Datenabgleich, womit nicht nur abstrakt die Grundrechte angegriffen werden. Mit der Erstellung einer Datei für eingebürgerte Ex-Ausländer verdeutlicht sich das revanchistische Angriffsziel dieser Maßnahmen genauer. Es geht um die kontrollpolitische Zurücknahme des Gleichheitspostulats für eingebürgerte Einwanderer. Verschärft ist vor allem aber die Lage für die Illegalisierten. Aktuell wurden europaweit im Rahmen der Rasterfahndungen und der ihnen vorausgehenden Schikanen schon zirka 1500 Illegalisierte abgeschoben, und dies obwohl für die absolute Mehrheit der Festgenommenen die Inkriminierung nicht nachgewiesen werden konnte. Genau an dieser Stelle könnte die Legalisierungskampagne neu überdacht werden. Galt es im Sommer die sofortige Legalisierung als One-Point-Programmatik zu fordern, geht es heute eher darum, den "Beifang" im Zuge der Rasterfahndungen und des Denunziationseifers in der Bevölkerung in den Mittelpunkt zu rücken und ihre Entschädigung durch Legalisierung zu fordern.

Für Kanak Attak Manuela Bojadijev, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos.

Für Subtropen Thomas Atzert und Jost Müller.

kanak attak

KANAK ATTAK UND BASTA!

Kanak Attak ist ein selbstgewählter Zusammenschluß verschiedener Leute über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegter „Identitäten“ hinweg. Kanak Attak fragt nicht nach dem Paß oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach dem Paß und der Herkunft.

Unser kleinster gemeinsamer Nenner besteht darin, die Kanakisierung bestimmter Gruppen von Menschen durch rassistische Zuschreibungen mit allen ihren sozialen, rechtlichen und politischen Folgen anzugreifen. Kanak Attak ist anti-nationalistisch, anti-rassistisch und lehnt jegliche Form von Identitätspolitik ab, wie sie sich etwa aus ethnologischen Zuschreibungen speisen.

Wir wenden uns schlicht gegen jeden und alles, was Menschen ausbeutet, unterdrückt und erniedrigt. Erfahrungen, die keineswegs nur auf die sog. „Erste Generation“ von Migrant*innen beschränkt bleiben. Das Interventionsfeld von Kanak Attak reicht von der Kritik an politisch-ökonomischen Herrschaftsverhältnissen und kulturindustriellen Verwertungsmechanismen bis hin zu einer Auseinandersetzung mit Alltagsphänomenen in Almany. Wir setzen uns für die allgemeinen Grund- und Menschenrechte ein, befürworten jedoch zugleich eine Haltung, die sich von dem Modell der Gleichheit absetzt und die sich gegen die Unterwerfung durch eine hegemoniale Kultur richtet - egal ob diese als „globale Postmoderne“ oder als dumpfes Teutonentum daher kommt. Was richtig ist, muß in der jeweiligen Situation verhandelt und entschieden werden.

Seit Jahrzehnten existieren Vereine oder Initiativen, die auf die politische Situation, Lebensverhältnisse und den Alltag von Nicht-Deutschen hinweisen. Gleichwohl bleiben diese Bestrebungen auf eine eingeschränkte Öffentlichkeit reduziert - zumeist auf die eigene Community. Kanak Attak macht keine Lobbypolitik, setzt sich von konformistischer Migrant*innenpolitik ab und will in Form und Inhalt offensiv eine breitere Öffentlichkeit ansprechen. Es ist Zeit, den Kuschel-Ausländern und anderen das Feld streitig zu machen, die über Deutschland lamentieren, Respekt und Toleranz einklagen ohne die gesellschaftlichen und politischen Zustände beim Namen zu nennen. Wir wollen weder ihre Nischen noch akzeptieren wir ihre Anmaßung uns, also dich und mich, zu repräsentieren.

Das Ende der Dialogkultur

Obwohl Kanak Attak für viele nach Straße riecht, ist es kein Kind des Ghettos. So hätten es die Spürhunde der Kulturindustrie gerne, die auf der Suche nach authentischem und exotischem Menschenmaterial sind, das den vermeintlich grauen Alltag bunter werden läßt. Dazu passt die Figur des jungen, zornigen Migrant*innen, der sich von ganz unten nach oben auf die Sonnenseite der deutschen Gesellschaft boxt. Was für eine rührende neoliberale Geschichte könnte da erzählt werden, wie sich Wut in produktives kulturelles und ökonomisches

Kapital verwandelt: Eine wahre Bereicherung für die deutsche Literatur und den deutschen Film! Ein echter Gewinn für den heimischen Musikmarkt! Sie sollen nur kommen.

Kanak Attak grenzt sich bewußt gegen ein Politikverständnis ab, das glaubt, mit Veranstaltungen wie dem „Tag des ausländischen Mitbürgers“, Folklore in Maxi-Versionen und humanistischen Kampagnen den Dialog und das friedliche Zusammenleben zwischen Kanaken und der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Diese Toleranz-Leier war zwar nicht ganz umsonst. Hansemann und Trudelfrau wissen inzwischen auch Gyros-Kebab-Chop-Sui zu schätzen. Oh là là! Und wenn das Wetter gut und das Gewissen schlecht ist, wird das Auto mit dem Aufkleber „Ausländer, lasst uns nicht mit diesen Deutschen allein!“ versehen. Kanak Attak ist keinE FreundIn des Mültekultüralizm. Viele Befürworter hat dieses Modell aber ohnehin nicht mehr. Als ob es jemals über den Status kommunalpolitischer Experimente hinausgekommen, ja hegemonial gewesen wäre, reden Teile des Mainstreams inzwischen vom Scheitern der multikulturellen Gesellschaft. Da bleibt die Forderung nach assimilierter Integration und Unterwerfung nicht aus. Man selbst ist ja so offen, demokratisch, hybrid, ironisch. Aber die „Anderen“! Verschlissen, traditionalistisch, sexistisch, humorlos, fanatisch - mit einem Wort: fundamentalistisch. Klar, was den Migrant*innen vor allem fehlt ist Toleranz. Und wer sich nicht in die offene Gesellschaft eingliedern will, der hat im aufgeklärten Almany nichts verloren. Dabei wird die Toleranz aus einer dominanten Position gefordert und bestehende Herrschaftsverhältnisse unterschlagen. Das ist eine infame Umkehrung der Verhältnisse. Dieser Logik folgt auch die Warnung vor zu lauter Kritik. Die sei nämlich nicht nur ungehörig sondern, so wird man aufgeklärt, könnte Vorurteile bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft produzieren. Dies alles weisen wir entschieden zurück.

Doch das ist nur eine Variante des Rassismus in Deutschland. Die Durchsetzung von national befreiten Zonen im Osten der Republik geht einen Schritt weiter: Ausländerfrei soll das Land werden.

Enter the politics

Kanak Attak tritt grundsätzlich gegen den Status 'Ausländer' an, der auch bei partieller Gewährung von Bürgerrechten alles andere als unseren Vorstellungen entspricht. Ohne daß wir es für den Himmel auf Erden erachten, wenn alle Pässe, Wahlrecht oder ähnliches bekommen, erscheint es uns doch als notwendige Voraussetzung, daß jeder wenigstens auf rein formaler Ebene gleiche Rechte genießt. Deshalb begrüßen wir alle Vorhaben zum Abbau von Ungleichheit, kommt doch der Frage der Staatsbürgerschaft gerade auch in Anbetracht alltäglicher Fragen beträchtliche, mitunter existentielle Bedeutung zu. Man denke nur an den Abschiebungsschutz bei Drogengebrauch, Arbeitslosigkeit oder unliebsamer politischer Betätigung. Und nicht zuletzt ist es natürlich schön, wenn man zumindest innerhalb der EU spontan und ungehindert reisen kann. Eine wenigstens formal-juristische Gleichheit aller würde es auch erleichtern,

über ökonomische Ursachen sozialer Ungleichheit nachzudenken und diese zu bekämpfen.

Seit der letzten Bundestagswahl zeichnet sich eine neue Konstellation ab. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft - „Hosgeldinzi yeni vatandaslar! Herzlich willkommen neue Landsleute!“ (Bild) - weicht zum ersten Mal seit dem Faschismus das Blutsprinzip auf, die vermeintlich schicksalhafte Verbundenheit mit dem Staatsvolk durch Geburt, zum großen Ärger von Konservativen, Rassisten und Rechten. Doch ¡Vorsicht! Die Privilegierung von bestimmten Einwanderern geht einher mit dem Ausschluß anderer Menschen. Das Abwinken der rot-grünen Koalition was die Frage der Einwanderung, des Asyls und die Lage von Flüchtlingen betrifft, die fortgesetzte Praxis, Illegalisierte als Kriminelle abzustempeln und die Abschiebung unliebsamer Menschen per Ausländergesetz sprechen eine deutliche Sprache. Das alles zielt auf eine offene oder subtile Spaltung zwischen genehmen, geduldeten und unerwünschten Gruppen, denen mehr, weniger oder gar keine Bewegungsfreiheit zugestanden wird. Die Liste der Gängelungen ist lang. Ob sie nun in Form von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften oder als ethnologische Gesichtskontrollen in Fußgängerzonen, Bahnhöfen und auf der Straße daherkommen, sie stehlen den Leuten Raum und Zeit. Von Angriffen auf Leib und Leben als solcher sichtbarer Kanaken, die im einheimischen Dschungel an der Tagesordnung sind, einmal ganz zu schweigen. Die sind aber nicht nur das Geschäft des teutonischen Faustrechts, sondern auch der staatlichen Asyl- und Abschiebepaxis, die man getrost eine Summe von Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten nennen kann.

Gegen zeitgenössische Gewißheiten

Der Rassismus artikuliert sich in Deutschland gegenwärtig vor allem in kulturalistischer Form. Wie in anderen europäischen Ländern bietet der Islam eine Projektionsfläche für unterschiedliche Rassismen. Dabei geht es nicht zuletzt auch um das Phantasma der Unterwanderung durch fremde Mächte. Deshalb sind wir der Meinung, daß man gegen alle Hindernisse zu kämpfen hat, die eine Anerkennung des Islams als gleichberechtigte Glaubensströmung verhindern. Für uns kommt der Islam nicht als homogene Ideologie daher. Mit der alltäglichen Religionsausübung hat der organisierte politische Islam, den wir gänzlich ablehnen, wenig zu tun. Dennoch: Der Anti-Islamismus bildet die Grundlage des neuen neorassistischen Konsens der bundesdeutschen Gesellschaft. Nicht zuletzt weil gewisse Essentials von 68 allmählich zum gesellschaftlichen Standard geworden sind. Also etwa ein verändertes Geschlechterverhältnis oder das Zurückdrängen religiös begründeter Normen und Alltagspraktiken. Im Kopftuch-Diskurs verdichten sich solche Zuschreibungen. An diesem Punkt entdeckten sogar reaktionäre Politiker ihr Herz für die unterdrückte Frau, so lange man ihre Unterdrückung dem ach so rückständigen Islam in die Schuhe schieben kann.

Eine andere rassistische Denkfigur, die es unbedingt zu attackieren gilt, ist die Vorstellung, daß die Zusammensetzung von Bevölkerungen nicht dem Zufall überlassen, sondern irgendwie reguliert oder gesteuert werden müsse. Dieser Quark ist so verbreitet, daß er einem in Gestalt des Ausländergesetzes genauso entgegenschlägt wie in der des Türstehers, der im coolen Club der Saison mit wichtiger Miene über die „richtige Mischung“ wacht. Wer ein Verständnis dafür zeigt, daß auch andere gerne selbst entscheiden möchten, wo und wie sie leben oder sich amüsieren wollen, wird häufig von Wohlmeinenden auf den Problemdruck hingewiesen, den die unkontrollierte Einwanderung zur Folge habe. Ein „Zuviel“ von den einen und ein „Zuwenig“ von den anderen Sorge im besten Falle für schlechte

Stimmung. Die Toleranten und Aufgeklärten suchen sich dann gegebenenfalls einen neuen Club oder einen „intakteren“ Stadtteil aus. Andere, die wahre Arschloch-Fraktion, erhofften sich Abhilfe von Nazi-Parteien oder nähmen das Gesetz gleich selbst in die Hand. Wir fordern nicht einfach die Ausdehnung der staatsbürgerlichen und anderer Privilegien auf eine zusätzliche Gruppe, sondern stellen die scheinbar selbstverständliche Regelung des „Dinnen“ und „Draußen“, die Hierarchisierung der Lebensmöglichkeiten durch Rassismus als solche in Frage.

Punktum e basta.

Repräsent? - Repräsent!

Kanak Attak bietet eine Plattform für Kanaken aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, denen die Leier vom Leben zwischen zwei Stühlen zum Hals raus hängt und die auch den Quatsch vom lässigen Zappen zwischen den Kulturen für windigen Pomokram halten. Kanak Attak will die Zuweisung von ethnischen Identitäten und Rollen, das „Wir“ und „Die“ durchbrechen. Und weil Kanak Attak eine Frage der Haltung und nicht der Herkunft oder der Papiere ist, sind auch Nicht-Migranten und Deutsche der n2-Generation mit bei der Sache. Aber auch hier wieder ¡jojo! Die bestehende Hierarchie von gesellschaftlichen Existenzen und Subjektpositionen läßt sich nicht einfach ausblenden oder gar spielerisch überspringen. Es sind eben nicht alle Konstruktionen gleich. Damit bewegt sich das Projekt in einem Strudel von nicht auflösbaren Widersprüchen, was das Verhältnis von Repräsentation, Differenz und die Zuschreibung ethnischer Identitäten anbetrifft.

Dennoch: Wir treten an, eine neue Haltung von Migranten aller Generationen auf die Bühne zu bringen, eigenständig, ohne Anbiederung und Konformismus. Wer glaubt, daß wir ein Potpourri aus Ghetto-HipHop und anderen Klischees zelebrieren, wird sich wundern. Wir sampeln ganz selbstverständlich verschiedene politische und kulturelle Drifts, die allesamt aus einer oppositionellen Haltung heraus operieren. Wir greifen auf einen Mix aus Theorie, Politik und künstlerischer Praxis zurück. Kanak Attak sinniert nicht über Kulturkonflikte, lamentiert nicht über fehlende Toleranz. Wir äußern uns: mit Brain, fetten Beats, Kanak-Lit, audio-visuellen Arbeiten und vielem mehr. **Dieser Song gehört uns.**

Es geht ab. Kanak Attak!

kanak attak

KANAK ATTAK AND BASTA!

'Kanak Attak' is a community of different people from diverse backgrounds who share a commitment to eradicate racism from German society. Kanak Attak is not interested in questions about your passport or heritage, in fact it challenges such questions in the first place. Kanak Attak challenges the conservative and liberal orthodoxy that good 'race relations' is simply a matter of tighter immigration control. Our common position consists of an attack against the 'Kanakisation' of specific groups of people through racist ascriptions which denies people their social, legal and political rights. Kanak Attak is therefore anti-nationalist, anti-racist and rejects every single form of identity politics, as supported by ethnic absolutist thinking.

Put simply, we reject everyone and everything that exploits, dominates and humiliates people. The field of interventions of Kanak Attak covers critiques of the political and economical circumstances that allow racism to fester, to the culture industries that perpetuate the commodification of racism, to confronting everyday racism, from discrimination to violence, in Germany. We support the fundamental human rights of all people, yet at the same time are critical of notions of 'equality' that means the subordination of difference under one hegemonic culture. We want to challenge this domination of a hegemonic culture that ignores racial inequality - whether it is termed "global postmodernism" or a dull Teutonism.

For many decades migrant societies, organisations and initiatives have existed, that have criticised the socio-political situation and desperate living conditions for those denied full entry into the German public sphere. However these efforts and campaigns have been restricted to the very communities they seek to help, leaving the main body politic unchallenged. Kanak Attak is therefore critical of the benefits possible from individual communities lobbying for their particularistic interests, and the non-confrontational mode of politics evident within contemporary democracies. It's high time to stop asking about respect and tolerance without naming the political economic conditions of social inequality.

The End of Dialogue Culture

Although Kanak Attak is a predominantly migrant movement it should not be seen as the 'cool voice' of the ghetto. That's how they would like it, the commercial cultures of the cultural industries, who are searching for 'authentic' and 'exotic' human experiences to be sold to those living in the grey mainstream of everyday German society. Here the figure of the young, angry migrant fits perfectly; the person who endorses the 'out of the ghetto' mythology that assures complacent liberals that German society is meritocratic after all, and which in turn is used to great commercial success by the German music and film industries in falsifying the 'German Dream'.

Kanak Attak also distances itself against a definition of the 'political', that naively suggests that all that is needed is 'dialogue' and 'peaceful cohabitation' of Kanaken and the majority of this society via the "Day of the foreign fellow citizen", displays of folk culture and

humanistic campaigns. When the weather is good and the conscience is bad liberal Germans decorate their cars with stickers: 'Foreigners, never leave us alone with the Germans!'. Kanak Attak is not a friend of such multiculturalism. Anyway there are not many supporters of this concept left which never got beyond the status of local policy experiments before mainstream talk turned to the failure of multicultural society. So it was inevitable that claims for integration and assimilation resurfaced. In this atmosphere it was not German society that was examined but the migrants themselves! 'Of course, what migrants lack is tolerance', we were told. And who does not want to 'adapt' (read assimilate) into the open society has no business in enlightened Germany. Yet tolerance is being claimed from a dominant position that does not have to examine its own complicity with subordination, and existing relations of domination are being suppressed. This logic suggests that to talk openly about racism, and to challenge the ethnocentrism and nationalism will only cause more trouble and violence. It could produce prejudice among the majority of Germans. The only racists are the extremists or so we are told. We reject all of this. Racism has to be challenged in all its forms from individual discrimination to violent attacks.

Enter the politics

Kanak Attak challenges fundamentally the status of 'foreigners'. Even if there is a partial granting of civil rights, this would fail to meet our ideas. Without considering it as heaven on earth, if everyone has passports, a right to vote and similar socio-political rights, it is a necessary requirement that everyone receives at least, on a formal level, the same rights. That's why we welcome every attempt to reduce inequality. After all, citizenship is of great significance taking everyday life and sometimes even existential situations into consideration. Last but not least it is better if one can travel around spontaneously and unchecked throughout the EU. This would be a formal-judicial equality and it would help to broaden our thinking about economic and political issues and demands for social equality for all. Since the last elections a new constellation emerges. The possibility of double citizenship - 'Hosgeldiniz yeni vatandaslar!' 'Heartily welcome new compatriots!' 'Herzlich willkommen neue Landsleute!' (Bild) - undermines for the first time since fascism the fateful bond with the 'folk since birth'. But caution! The process of privileging certain immigrants goes together with the exclusion of others. The dismissive gesture of the red-green coalition concerning the question of immigration, of asylum and the situation of refugees, the ongoing practice to label and criminalise people, and the deportation of 'unpleasant people' via the Foreigners Act speak for itself. All of this aims at an open and subtle separation between convenient, tolerated and undesirable groups, who more or less have no personal freedom. Whether they appear as Acts and policy statements or through checks in pedestrian precincts, in train stations and on the streets, they all steal time and space from the people. To say nothing of the attacks on life and limb, that are an increasingly everyday reality in modern Germany. This is not only the business of Teutonic jungle law

on the streets, but also one of state asylum and deportation practice.

Against contemporary certainties

Racism articulates itself at present mainly in a culturalist form. Likewise in other European countries Islam serves as a space of projection for different kinds of racisms. That's why we think we have to fight against all barriers that prevent recognition of Islam as an equal religious community. For us Islam is no homogenous ideology. One has to divide the everyday religious practice from the organised political Islam. Nevertheless present day Anti-Islamism is one of the key parts to the neo-racist consensus within German society. The false and pseudo-feminist position of German politicians is invoked to defend spurious 'universal' rights. This can be seen in the discourse over headscarfs. At this point even reactionary politicians discover their heart for the suppressed woman, as long as they can pin the blame on Islam.

Another racist form of argumentation that we have to attack is the idea that the 'mixture of people' must somehow be regulated and controlled. This nonsense has spread too far. It hits people through the Foreigners Act in the same way as the person on the door of the club regulates the "right mixture" of people. Those who mean well often point out the so-called pressure that is caused by uncontrolled immigration. But it is not migration that is the problem it is the problems of those who can only think and live in ways that promote bland homogeneity. Even the tolerant and enlightened are looking for a new club if necessary or a new part of town. Others hope for help from the Nazi-Parties or take charge of the law themselves. We claim not only the extension of the civil rights and other privileges to all groups, but put the apparent obvious regulation of 'inside' and 'outside' and the absurdity of dehumanising living conditions that racism promotes into question. Punktum e basta.

Repräsent? - Repräsent!

Kanak Attak offers a platform for Kanaken from different social areas and are sick of the easy switching between cultures recommended by postmodernists. Kanak Attak wants to break the assignment of ethnic identities and roles; the 'we' and 'them'. And because Kanak Attak is a question of attitude and not of heritage, origin, roots or papers, non-migrants and Germans of the 2nd and even 3rd-generation are part of it too. But here as well caution! The existing hierarchy of social existence and the subject positions it imposes cannot be faded out or skipped over with the greatest of ease. Not all constructions are the same. So our project is caught up in the whirlpool of contradictions concerning the relation of representation, difference and the ascription of ethnic identities.

Nevertheless: we compete for a new attitude of migrants of all generations that we want to bring on stage, independently and without compromise. Whoever believes that we celebrate a Potpourri out of Ghetto-HipHop and other clichés will be surprised. We sample, change and adapt different political and cultural drifts that all operate from oppositional positions. We go back to a mixture of theory, politics and cultural practice. This song is ours.

Es geht ab. Kanak Attak!

kanak attak

"Dieser Song gehört uns!"

Interview mit Imran Ayata, Laura Mestre Vives und Vanessa Barth von Kanak Attak

Nicht erst die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft hat deutlich gemacht, daß diejenigen Positionen, die sich gegen die Unterwerfung von MigrantInnen unter die Hegemonialkultur und ihre Sortierung nach sozialen und politischen Kriterien wenden, gesellschaftlich marginalisiert sind. Insbesondere in der Opposition gegen die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU war es kaum möglich klarzustellen, daß auch der ursprüngliche rot-grüne Gesetzentwurf innerhalb dieses dominanzkulturellen Mainstreams zu verorten ist.

Kanak Attak, ein Zusammenschluß von Leuten mit und ohne deutschen Paß, versucht dem rassistischen Mainstream, den staatlichen und anderen alltäglichen Rassismus mit einem Mix aus Politik, Theorie und künstlerischer Praxis etwas entgegenzusetzen. Das Manifest Kanak Attak und basta! ist inhaltliche Plattform dieses Projekts. Attakiert werden auch traditionelle Formen der MigrantInnenpolitik, der Multikulturalismus und selbsternannte Ausländerfreunde. In dem Interview mit drei Kanak Attak-Leuten aus Frankfurt/M. werden diese Kriterien weiter ausdifferenziert. Deutlich wird dabei, daß es neben dem Lancieren von Themen und Argumentationen um das Ausloten neuer Formen des politischen Handelns geht. Relative Bezugspunkte sind dabei nonkonformistische Praktiken und Sichtweisen von MigrantInnen selbst, denen u.a. eine Bühne gegeben werden soll.

diskus: Was ist die Idee des Projektes und wie ist es entstanden?

Imran: Kanak Attak ist vor mittlerweile eineinhalb Jahren im Rahmen eines Urban Skill Festivals in Zürich entstanden. Irgendwo in den Bergen, nach ein paar Drinks und Gesprächen über Almanya, kam die Idee auf, ein Projekt zu realisieren, das Politik mit Pop-Elementen vereint, und zwar erstmals aus der Sicht von MigrantInnen oder Kanaken, das heißt, ein Projekt, das sich mit den politischen Verhältnissen, dem Rassismus in Deutschland auseinandersetzt. Wir waren uns schnell einig, daß wir uns in Form und Inhalt von den vorhandenen Aktivitäten von MigrantInnen unterscheiden wollten. Raus aus den Nischen und uns zugewiesenen Räumen, ran an die Öffentlichkeit. Wir wollten Themen pushen, die selbst in linken Zusammenhängen noch kaum diskutiert wurden.

Vanessa: Die Grundidee war die, mit einer Mischung aus Kultur und Politik eine Tour durch verschiedene deutsche Städte zu machen und im Vorfeld eine Maxi-CD zu veröffentlichen, mit einem Kanak Attak Song und verschiedenen Remixes. Mittlerweile ist die Touridee auch etwas konkretisiert worden, es soll eine Kanak History Revue geben, die aus der Perspektive von MigrantInnen die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland und des Rassismus erzählt. Uns geht es dabei vor allem um den Alltag von MigrantInnen, ihre kulturellen Praxen und ihren Widerstand gegen den Rassismus. Diese Geschichte steht nirgends geschrieben.

Laura: Bei dieser Tour geht es darum, Mißtöne zu produzieren, den Dialog aufzukündigen, in dem es als unziemlich gilt, den Rassismus, der den Leuten massiv entgegen-

schlägt, beim Namen zu nennen. Das Ende der Dialogkultur eben.

diskus: Wer macht denn so mit bei Kanak Attak?

Vanessa: Das sind mittlerweile um die fünfzig Leute aus verschiedenen Städten, die aus den unterschiedlichsten Bereichen kommen. Einerseits aus verschiedenen politischen Spektren, Ausländerbeiräte, Migrantengruppen, wie z.B. die Unmündigen aus Mannheim. Hier in Frankfurt machen einige ehemalige Beute-Redaktionsmitglieder mit. In Berlin gibt es eine personelle Anbindung an den Salon Oriental, eine Gruppe Transvestiten, die Edutainment-Shows machen und jeweils im Anschluß unter dem Motto Gayhane Oriental-Platten auflegen lassen und so weiter. Leute, die im weitesten Sinne antirassistische Arbeit machen.

Imran: Relativ unterschiedlich sind die Leute auch in bezug auf das was sie so beruflich machen: Journalisten, Theaterleute, Filmemacherinnen, Theoriefraktion und so weiter.

Vanessa: Und es machen eben auch Deutsche mit. Es ist ganz maßgeblich für das Projekt - obwohl der Name einen anderen Eindruck erweckt -, daß Deutsche und Nicht-Deutsche zusammenarbeiten, so unscharf diese Begriffe dann auch immer sind.

Laura: Es sind auch Leute dabei wie ich, die sich lange Zeit in eine Identitätspolitik eingeschrieben haben und für die Kanak Attak nun die Alternative dazu ist. Kanak Attak ist auch ein Projekt, das versucht, aus den Fallstricken der Identitätspolitik zu lernen.

diskus: Wenn Ihr sagt, es soll ein breites Spektrum sein, was verbindet diese Leute, was ist der gemeinsame Nenner zwischen den verschiedenen Positionen?

Imran: Die Verbindung besteht einmal in der Abgrenzung zu den Formen der politischen Organisation, wie sie z.B. in der herkömmlichen MigrantInnenpolitik üblich sind. Damit meine ich in erster Linie eine an der Community orientierte Politik. Aber auch der Gestus, wie man auftritt, politisch agiert und künstlerisch aktiv ist, sollte eine neue Haltung zum Ausdruck bringen. Kein Jammern darüber, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, keine Opfer-Nummer und keine Anbiederung an den Mainstream mit seiner Toleranz-Leier.

Vanessa: Verbindend war, glaube ich, einfach auch das Label. Mit dieser Provokation, dieser Rotzigkeit konnten viele spontan was anfangen, obwohl wir anfangs auch stundenlang über den Namen Kanak Attak diskutiert haben. Und ich glaube, daß diese Bezeichnung, und die Haltung, die dahinter steckt, die Leute zum Teil über inhaltliche Differenzen hinweg zusammenhält.

Laura: Das Gute an diesem Namen ist auch, daß er klar die Konstruiertheit zum Ausdruck bringt, daß er sich nicht mit vermeintlicher Selbstbestimmtheit verwechselt läßt, weil er den Rassismus transportiert, aus dem man nicht einfach mit gutem Willen oder Begriffen rauskommt.

diskus: In Eurem Manifest grenzt Ihr Euch ja ziemlich stark gegen klassische Politikformen und damit von einer bestimmten Repräsentationspolitik ab: also klassische Gleichstellungspolitik und Lobbypolitik, sozusagen für Ausländer. Gleichzeitig sagt Ihr aber, daß es darum gehen soll, einer neuen Haltung eine Bühne zu geben. Das ist ja selbst eine Form der Repräsentationspolitik. Die Frage ist: Was macht diese neue Haltung aus, und wie bezieht Ihr Euch darauf politisch? Glaubt Ihr, daß diese Haltung vorfindlich ist, und daß man sie nur organisieren oder politisieren muß, oder besteht der Anspruch, sie überhaupt erstmal herzustellen?

Imran: Beides. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, wo kulturelle Praxen und politische Äußerungen von Migranten erkennbarer sind, spielt dies in Deutschland kaum eine Rolle. Wer aber genauer hinschaut, merkt, daß es in letzter Zeit vor allem von jungen Migranten Versuche gibt, dies zu brechen. Besonders im Kulturapparat. Das hat eine neue Qualität. Hier finden sich Ansätze, die nicht in die Exoten- oder Authentizitätsschublade passen und sich auch nicht von dem Multi-Kulti-Blabla einverleiben lassen wollen. Meistens handelt es sich dabei um vereinzelte Bemühungen, die wiederum durchaus eine mobilisierende Funktion für andere haben. Ein Stück weit will Kanak Attak diesen Leuten und ihrer Arbeit eine neue Plattform geben und diesen Prozess stärken.

Vanessa: Die Herangehensweise ist die, daß es Sachen oder Leute gibt, die uns auffallen, und die sprechen wir dann an, mit dem Manifest, der Projektidee und so weiter. Wer damit was anfangen kann, macht dann mit. Von daher verstehen wir uns nicht als Sprachrohr irgendeiner Haltung, wir vertreten selbst bestimmte Positionen und versuchen Dinge zu bündeln, die davon etwas in sich tragen.

diskus: Wen wollt Ihr mit Kanak Attak ansprechen? Die zweite Generation, Flüchtlinge, oder einfach alle Nicht-Deutschen Und an welche Öffentlichkeit richtet Ihr Euch?

Imran: Den Paß oder die Herkunft wollen wir gerade nicht zum Kriterium machen. Trotzdem: Wenn wir Leute dafür gewinnen wollen, mitzumachen, gibt es eine Sensibilität dafür, vor allem Migranten anzusprechen, Leute, für die Rassismus kein Seminarthema ist. Das halten wir politisch für wichtig und interessant, weil deren Perspektive nicht ausreichend präsent ist.

Vanessa: Ich würde sagen, die Intervention, auf die Kanak Attak aus ist, das Ende der Dialogkultur zu erklären, richtet sich klar an den Mainstream, den man aber oft an ganz unerwarteten Ecken wiederfindet, z.B. auf linken Veranstaltungen. Und zu Eurer Frage, ob Flüchtlinge oder Zweite Generation: Kanak Attak versucht ja gerade, da keine Trennlinie zu ziehen und Lobbypolitik für die eine oder andere Gruppe zu machen, also diese Spaltung, die ja von der staatlichen Politik vollzogen und leider viel zu oft reproduziert wird, nicht mitzumachen.

diskus: Ihr arbeitet relativ stark mit popkulturellen Codes. Welche Verbindung seht Ihr zwischen Pop und der sogenannten MigrantInnenkultur?

Imran: Es ist schon typisch, daß bestimmte kulturelle Praktiken mit Migranten in Verbindung gebracht, und andere als mit ihnen nicht kompatibel definiert werden. Ali und Svetlana machen eben nicht nur Rap. So einfach ist das im Grunde. Wenn ich vorher von Bündeln und Plattform sprach, dann auch in dem Sinne, diese Heterogenität abzubilden. Wir kommen bestimmt nicht mit einer türkischen Version von Public Enemy. Diese Vorurteile wollen wir gerade attackieren. Nur, daß diese popkulturellen Codes auch in der Politik in diesem Bereich angewandt werden sollen, ist sicherlich neu.

diskus: Wir wollten mal auf das Integrationsthema zu sprechen kommen. Das gegenwärtige Integrationsmodell heißt: Vollkommene Assimilation an die Mehrheitskultur. Andererseits funktioniert Rassismus auch über die Ethnifizierung von Differenzen. Im Manifest scheint Ihr Euch eher auf die Seite des Partikularismus zu stellen, insofern

es vorrangig gegen den Integrationsanspruch im Sinne von Assimilations- und Anpassungsdruck geht. Wie beurteilt Ihr dieses Spannungsverhältnis, sich einerseits von einem Gleichheitsmodell abzugrenzen, andererseits auch Differenzpolitik zu kritisieren, die Differenzen ethnifiziert? Ist das nur der aktuellen politischen Konstellation geschuldet, daß Ihr Euch eher auf die Seite der Andersheit, des Nicht-Angepaßten stellt? Wie steht es mit der Gefahr, wiederum solche Differenzen zu produzieren, bzw. auf welche Differenzen bezieht man sich denn ganz praktisch?

Laura: Also, dieses Moment der Differenz, das wir befürworten ist ja nicht nur eins, das ethnisiert werden kann, sondern auch ganz klar eine politische Differenz, eine Differenz zum Mainstream. Oder auch gegen einen Konformismus. In diesem Land bist du ja schon nicht konform, wenn du mit dem Fahrrad gegen die Einbahnstraße fährst oder über Rot läufst. Das handelt dir auch schon irgendwelche blöden Bemerkungen ein. Dazu brauchst du ja nicht mal schwarze Haare zu haben. Also die Aggression, die du erfährst, wenn du dich nicht konform verhältst, ob ethnisiert oder nicht, ist einfach in Deutschland supermassiv. Wenn man eine Differenzhaltung stark macht, geht es auch darum, sich Freiräume zu schaffen im Sinne von: diesen gewalttätigen gesellschaftlichen Druck erträglicher zu machen.

diskus: Es impliziert ja eine Art von Souveränität, dieses Spiel der Abwehr oder Annahme von Ethnifizierungen überhaupt spielen zu können. Eine bestimmte Form von Assimilation ablehnen zu können, bedeutet auch, daß man eine bestimmte Subjektposition einnehmen kann. Daß man es sich, zugespitzt gesagt, auch erlauben können muß, nicht konform zu sein.

Vanessa: Naja, aber es geht ja nicht darum, diese Strategie zu verallgemeinern. Es ist doch so, daß Leute hierherkommen und sich gegen diverse Widrigkeiten selbstverständlich auch zur Wehr setzen, und zwar auf die verschiedensten Weisen. Sie kämpfen gegen die Flut von ausländerrechtlichen Bestimmungen, die ihren Alltag reglementieren, sie bleiben nicht in ihren Sammelunterkünften, fälschen ihre Papiere oder werfen sie weg. Da gibt es eine ganze Menge. diskus: Und das zu zeigen, soll ein wesentlicher Bestandteil der Kanak History Revue sein?

Vanessa: In gewissem Sinne, ja. Es gibt eine lange Geschichte des selbst organisierten Widerstands und es gibt gute Gründe dafür, daß diese widerständigen Strategien nicht öffentlich werden. Jedes Schlupfloch, das bekannt wird, wird von den Behörden so schnell wie möglich gestopft, etwa mit neuen Verwaltungsvorschriften. Und natürlich haben auch die Unterstützervereinigungen meistens kein Interesse daran, daß diese Seite bekannt wird, denn nur ein wehrloses Opfer ist ein gutes Opfer, für das man eine gute Presse oder Spendengelder bekommt. Erfahrungsgemäß denken aber viele Migranten auch selbst so. Wir finden aber, es ist wichtig zu sagen: Ihr könnt Euch noch so viele Regelungen ausdenken, Ihr werdet es trotzdem nie schaffen, eine Maxime wie "ab sofort Null Einwanderung" durchzusetzen!

Laura: Und wir wollen das Feld für das erweitern, was als politisch gilt. Nach dem Motto: Die sind ja gar nicht politisch, die wehren sich doch nur gegen Regelungen, die ihren Alltag einschnüren oder gegen Erniedrigungen, wie es mal ein Autonomer aus Frankfurt bezogen auf Jugendliche aus der Ahornstraße ausdrückte. Uns geht es um einen Politikbegriff, der sich am Alltäglichen orientiert, ohne die Definitionsmacht über das, was traditionell als politisch wahrgenommen und normativ als politisch gewertet wird, unkritisch auszuüben. Ich meine die sogenannten Unpolitischen sollen auch unpolitisch bleiben dürfen, und trotzdem sollen sie ernst genommen werden.

diskus: Ist das im Kontext der Kritik an Repräsentations- und Lobbypolitik zu verstehen, die auch in dem Manifest formuliert wird? Nicht bestimmte Interessen zu definieren, die den Leuten zugeschrieben werden, um diese dann politisch zu artikulieren, sondern eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Mainstream zu führen, was ist selbstverständlich und common sense und was nicht?

Vanessa: Ja klar. Mich rief eine Hamburger Journalistin an, die das Manifest gelesen hatte und was über Kanak Attak schreiben wollte. Sie wollte dies und das wissen und plötzlich fragte sie: Sag mal, wollt Ihr eigentlich Krieg? Das ist beispielhaft für die Haltungen, mit denen man da konfrontiert ist.

diskus: Vielleicht könnt Ihr noch präzisieren, warum und wie Ihr Euch vom Multikulturalismus abgrenzt. Was für eine Funktion hat diese Abgrenzung, und wie sieht eure inhaltliche Kritik daran aus?

Laura: Zunächst einmal muß man sagen, daß der Multikulturalismus oder der Diskurs darum auch Räume aufgemacht und erweitert hat, und daß Kanak Attak davon auch profitiert. Zum Beispiel ist diese im Kontext des Multikulturalismus entstandene Perspektive, daß die Präsenz "anderer" oder "fremder" Kulturen eine Bereicherung darstellt, einerseits ganz in Ordnung, weil es eine Art Einschreibung ist in dem Sinne: Es sind nicht alle gleich, und das ist auch gut und richtig so. Aber andererseits ist das ja nichts, was die gesellschaftlichen Dominanzverhältnisse, die Verteilung von Definitionsmacht angreifen oder essentiell verändern würde. Also keine Bearbeitung der Frage, wer hier wen zu was definiert.

Imran: Das Multi Kulti-Projekt hat politisch in Deutschland nicht die Bedeutung erhalten, wie es seine Promoter vielleicht gerne gehabt hätten. Trotzdem ist die Idee nicht zu unterschätzen. Sie bot einigen Migranten und Migrantinnen die Option, sich in die hegemonialen politischen Strukturen zu integrieren, die eigenen Spielräume zu vergrößern oder auch neue Ressourcen zu erschließen. Mit dem Aufkommen des Multikulturalismus haben viele Migranten ihre politischen Aktivitäten auch neu strukturiert. Viele, die sich vorher mit der politischen Situation in ihren Herkunftsländern beschäftigten, konzentrierten sich, nun eher kulturalistisch argumentierend, auf ihre Situation in Deutschland. Hier hat die Popularisierung von Multikulturalismus eine wichtige Rolle gespielt.

diskus: Wie schätzt Ihr die Auseinandersetzung um das Thema Doppelte Staatsbürgerschaft ein? Was ist Eure Position dazu?

Laura: Unsere Position ist, kurz gesagt, die, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß man die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt, wenn man hier lebt, und daß das nichts ist, was man sich erkämpfen oder anderen begründen müssen sollte, sondern ein Grundrecht. Noch besser wäre die Entkoppelung von Staatsbürgerschaft und Nationalität. Dann wären die Deutschen nur noch einige von vielen. Wobei sich natürlich mit der deutschen Staatsbürgerschaft das Problem des Rassismus noch nicht erledigt hat. Mit dem Paß bekommst du erst mal auch ein Werkzeug. Diese Sichtweise unterscheidet sich sowohl von dem rot-grünen Modell, daß der Paß am Anfang eines Integrationsprozesses stehen müsste, als auch von dem konservativen Modell, wonach erst die Integration und dann der Paß kommen müsse.

Imran: Darüber hinaus bringt die Staatsbürgerschaft Leuten eine politische Absicherung, Schutz vor Abschiebung, Anspruch auf Sozialhilfe, kurz ein Stück Lebensqualität. Andererseits kennt man ja die hiesige ausländerrechtliche Praxis, und da steht zu befürchten, daß aus einem solchen Gesetz ganz schnell ein Instrument wird, um zu selektieren, wer in den Club Deutschland rein darf und wer nicht. Wer ökonomisch, politisch und kulturell kompatibel ist.

Vanessa: Absurd an den Auseinandersetzungen um die Kampagne war auch, daß man in die Position gedrängt wurde, die CDU in dieser Frage besonders Scheiße zu finden, wo doch auch der Gesetzesentwurf von Otto Schily eine Katastrophe, in manchen Punkten sogar eine Verschlechterung im Vergleich zum Status quo war.

Laura: Ein ganz starkes Motiv in dieser Debatte war ja die Haltung vieler Deutscher, nicht zu kurz kommen, keinen Nachteil gegenüber den Migranten haben zu wollen. Das ist ein auffälliges Muster, das mir sehr oft begegnet. Zum Beispiel gehen Leute sehr

mißtrauisch damit um, daß ich fließend Deutsch spreche, aber noch eine andere Sprache und einen anderen Zugang habe.

Imran: Ein wichtiger Punkt für uns ist auch, zu sagen, daß dieser Gesetzesentwurf, wie schlecht auch immer, kein Gnadenakt von Rot-Grün, sondern Ergebnis eines langen politischen Prozesses war, an dem viele Migranten mitgewirkt haben. Seit den 80er Jahren gibt es viele Aktivitäten von Migranten auf diesem Gebiet. Das wurde völlig ausgeblendet. Mal ganz zu schweigen davon, daß die Debatte völlig davon dominiert war, ob das gut oder schlecht für Deutschland oder die Deutschen wäre.

diskus: Aber es ist ja vielleicht nicht unproblematisch, einerseits auf der Beschreibungsebene angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sehen zu müssen, daß solche Rechte alles andere als eine Selbstverständlichkeit sind, aber andererseits, vielleicht auch aus dem Unmut heraus, dafür noch argumentieren zu müssen, zu sagen, es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Denn die Frage ist genau, wie das Verhältnis zwischen der Festlegung, daß das nicht selbstverständlich ist und dem Modus, das zum common sense machen zu wollen, aussieht. Was ihr kritisiert, ist ja diese ewige Begründungsstrategie, das sei gut für Deutschland, zumindest auf keinen Fall ein Schaden und so weiter. Wie kann man diese Selbstverständlichkeit, von der Ihr spricht, über die einfache, wiederholte Proklamation hinaus wirklich herstellen?

Imran: Das ist nicht einfach. Welche gesellschaftliche Bedeutung und Kraft haben wir schon? Kanak Attak ist ein Angebot, und wir werden sehen, ob wir Verbündete finden. Daß Leute vor allem aus der Migrantenpolitik uns mitunter zu aggressiv finden und Aleman-Berufsinke uns Ethnopolitik vorwerfen, hält uns nicht auf. Letztlich haben wir Lust, Politik zu machen. Wir wissen, daß wir nicht von Null, sondern von minus Zehn starten.

diskus: Was soll in Zukunft bei Euch passieren?

Laura: Zunächst gibt es eine Filmreihe, Kanak Attak.film, in Berlin. In diesem Rahmen werden wir auch eine Veranstaltung mit Mogniss H Abdallah von IM'Média aus Paris machen, wo wir seinen Film "Douce France" zeigen und eine Diskussion über antirassistische Politik in Frankreich und Deutschland führen wollen, zusammen mit Leuten von MIB (Mouvement des Immigrés et des Banlieues) jenseits von der Sans Papiers-Romantik, die hierzulande ausbricht, sobald in diesem Zusammenhang von Frankreich die Rede ist.

Vanessa: Also erstmal steht die Recherche für die Kanak History Revue an, und das Proben, die Dramaturgie, die Planung und Organisation und so weiter. Musiker, die unser Projekt unterstützen, haben in Heidelberg und Hamburg einen Song aufgenommen, der demnächst veröffentlicht werden soll.

Das Interview führten Uli Spenkoch und Serhat Karakayali
diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, Heft Nr. 1, Mai 1999, 48. Jahrgang